

Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende

4. Quartal 1987, 17. Jahrgang

wut

was uns betrifft



Thema: ANDERS VERTEIDIGEN

Interview mit THEODOR EBERT

**TAUZIEHEN UM ZDLs: Weniger Zivis
aber mehr Arbeit in den 90er Jahren**

INHALT

Im Blickpunkt:

TAUZIEHEN

Warum wir weniger Zivis, aber mehr soziale Arbeit in den 90er Jahren haben werden.

Ein Tagungsbericht von Werner Schulz 4

Preisrätsel 6

Leserbericht:

Spurensicherung zur deutsch-jüdischen Geschichte. Ein Wochenbericht von Uwe Prohl und Volker Stocké 7

Kontrovers:

Frage: Ist der Zivildienst arbeitsmarktpolitisch neutral? Eine Antwort von Pastor Ulrich Finckh. Keine Antwort vom BfZ. 8

Originalton:

Ist eine Verteidigungsstrategie ohne Waffen für die BRD denkbar? Antworten aus der wub-Mini-Umfrage 10

wub-Thema: Anders verteidigen 11

Anders verteidigen? Nötig und möglich. Von Dr. Jürgen Hartwig Soziale Verteidigung. Die menschenwürdige Alternative. 12

Von Gernot Jochheim 14

wub-Interview mit Theodor Ebert 16

Auf einem Bundeswehr-Munitionsdepot sozial verteidigen. Reportage einer Rüstzeit von ZDL

Jürgen Fleischer 18

Briefe an die wub-Redaktion 19

Unterwegs:

Eindrücke einer DDR-Reise. Von ZDL Christian Härtel 20

Info 22

Was unser **Recht** betrifft: Wichtiges zum Thema „Nebentätigkeit“ 23

Filmtip, von Isolde Mozer:

„Am großen Weg“ 24

Tonbildschau zu KDV und ZD. 24

Buchtips:

„Deutsche Deserteure“ 25

„Gebranntes Kind sucht das Feuer“ 25

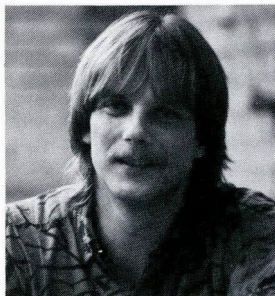
Schwarz auf Weiß 26

Gedanken 27

Rüstzeiten 28

Titelfoto: Angelika Emmerling

INTERN



Stuttgart, den 31. Oktober 1987

Liebe Leser/innen,
so ändern sich die Zeiten: Gestern wollte sie keiner haben, diese Drückeberger, und morgen werden sich die Dienststellen womöglich um die Zivis streiten.

Wenn das Jahrgangs-Angebot in den 90er Jahren spürbar zurückgeht, wird gleichzeitig die Nachfrage

nach sozialen (Zivil-) Dienstleistungen erheblich steigen. Tazziehen um die Dienststellen ist dann angesagt. Wer kriegt dann noch ZDLs und wer nicht? (Mehr dazu im Bericht ab S. 4)

Marktwirtschaftlichen Grundsätzen zufolge müßte diese Entwicklung von Angebot und Nachfrage eine Erhöhung des Preises bringen. Im Zivildienstgesetz erhöht sich stattdessen nochmal die Dienstzeit, also der Preis, den die Verweigerer zu zahlen haben. Marktwirtschaftspolitisch ist er also absolut neutral, der Zivildienst. Daß er es arbeitsmarktpolitisch auch sei – also den Arbeitsmarkt weder positiv noch negativ beeinflusse – das behaupten inzwischen nur noch wenige. Einer, der dies bisher immer tat, der Bundesbeauftragte für den ZD, Peter Hintze, wollte dies zumindest in der wub offenbar jetzt auch nicht mehr tun. (Mehr dazu auf den „Kontrovers“-Seiten 8 und 9) Überhaupt, so scheint es, haben Vertreter von Regierung und Parlament derzeit zum Thema Zivildienst recht wenig zu sagen. Das jedenfalls ist der Eindruck, den viele Teilnehmer von der Tagung „Zivildienst im Umbruch“ in der Evang. Akademie Loccum mit nach Hause nahmen. Dort sagten nämlich die Politiker fast alle kurzfristig wieder ab. CDU und SPD standen zwar auf dem Programm – aber offensichtlich nicht auf Diskussion.

Bis zur 50-Jahr-Feier wird sich das womöglich wieder geändert haben. Ob dann allerdings beim parteiübergreifenden Geburtstagsständchen der Zivildienst noch immer nicht aus der sozialen Arbeit „wegzudenken“ ist, das scheint mir äußerst fraglich. Die Vor(weg)-Denker melden sich nämlich bereits hörbar zu Wort.

Mindestens in einem Fall (Interview S. 5) macht man sich jetzt schon konkret an's „Wegorganisieren“ der Zivildienstplätze. Diese Leute haben nichts gegen die KDV. Im Gegenteil. Aber in ihren Augen müssen's die KDV nicht unbedingt mit der Sozialarbeit haben, wenigstens solange nicht, solange es massenhaft Menschen ohne Arbeit gibt. Und – so grausam es klingen mag – für die Arbeitslosen werden sich die Zeiten nicht so schnell ändern. Prof. Dr. Rudolf Schmid von der Kölner Prognos-AG in Loccum: bis 1990 werden wir mehr als 2 Mio. Arbeitslose behalten und bis zur Jahrhundertwende immer noch eine Million.

Zum Glück gibt's aber in der letzten wub dieses Jahres auch noch erfreuliche Interna auszuplaudern. Ab der 1. Nummer im nächsten Jahr geht ein Wunsch in Erfüllung, den Herausgeber und Redaktion, aber auch viele Leser, seit langem hegen: Wir können unsere Auflage erhöhen – und zwar beträchtlich – so daß tatsächlich jeder evangelische ZDL für die Dauer seines Zivildienstes ein wub-Abo angeboten bekommt. Kostenlos! Wenn das nichts ist!? Herausgeber und Redaktion hoffen, damit noch mehr ZDLs erreichen zu können, was der Zivildienstseelsorge auf direktem, persönlichem Wege derzeit leider noch nicht angemessen möglich ist.

Herzlichst Euer
Werner Schulz

IMPRESSUM

wub (was uns betrifft) ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge.
Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK)
Redaktion: Pfarrer Friedhelm Schneider (leitender Redakteur), Werner Schulz (verantwortlich)
Redaktionsanschrift: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel.: (0711) 62 82 14
Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Kartäusergasse 9, 5000 Köln 1, Tel. (02 21) 32 24 00. Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto wub, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg, (BLZ 350 601 90) Konto-Nr. 30 529
Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDV und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden.
Das Jahresabonnement (z. Zt. 4 Hefte einschl. Versand) kostet DM 10,-. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellabschnitt auf der letzten Seite. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse.
Gesamtherstellung und Layout: windhueter kollektiv, Heinkelstr. 27, 7060 Schorndorf
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt).
Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen und sonstigen Gebrauch hergestellt werden. Auflage: 10000

Nachlese

Der „Ausbruch“, (keine Knacki-Zeitung, sondern) „Orkan der Selbstorganisation für Zivildienstleistende“ (SO), stellt in seiner letzten Nummer Zeitschriften für Zivis vor, und bespricht u. a. auch die wub. Wir zitieren:

„... Die „wub“-Themen, die den ZD speziell behandeln, sind, was die kritische Einstellung betrifft, ziemlich durchwachsen. Findet man einerseits kritische Artikel, wie den über Arbeitsmarktneutralität der ZDL, so wird andererseits in einem Artikel zu 25 Jahren ZD, nur ein inhaltliches „Das war's“ losgelassen.

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem ZD scheint auch nicht Anliegen der Zeitung zu sein, sondern mehr die Information christlicher Verweigerer. So werden Kirchentag und Bergpredigt, kirchliche Rüstzeiten und Werkzeuge als Themen behandelt, aber auch The-

men wie Südafrika und Frauen zum Bund.

Insgesamt gesehen sind die nichtkirchlichen Themen zwar interessant, aber da christliche Themen den entscheidenden Teil ausmachen, finde ich den Inhalt eigentlich nur für christliche Verweigerer interessant. Leider fehlt auch ein TV-Teil, aber vielleicht ist die evangelische Kirche noch nicht so weit, auch TVer zu unterstützen.“

(TV = Totalverweigerung Red.) Inwieweit diese Charakterisierung die wub trifft, wollen wir dem Urteil unserer Leser überlassen.

Wer sich jetzt umgekehrt ein Bild vom „Ausbruch“ machen will, der bestelle sich doch am besten selber ein Heft. 52 Seiten „Ausbruch“ (A5) gibt's für DM 1,- plus DM 0,50 Porto (Abo DM 10,- für 6 Ausg.) bei: Ausbruch, Redaktion und Vertrieb c/o Toko Koch, Bahnhofstr. 1, 4352 Herten 6

Zahlen

53 Millionen Menschen (= 2% aller Beschäftigten) arbeiten nach einer UN-Studie weltweit direkt oder indirekt in der Rüstungsindustrie. Allein 14 Mio. sind es in den 24 westlichen Industriestaaten der OECD.

In der BRD beträgt der Anteil der in der Waffenproduktion Beschäftigten der UN-Umfrage zufolge 4,7%, in Frankreich 5,5% und in den USA 4,2%. In der Forschung ist der Anteil allerdings beträchtlich höher: 20% aller Ingenieure und Forscher in Europa arbeiten indirekt oder direkt für militärische Projekte. (epd)

– Die Welt gibt 17mal soviel für Rüstung aus, wie für Entwicklungshilfe: Die gesamten Rüstungsausgaben schätzt das Stockholmer Institut für Friedensforschung (SIPRI) für das Jahr 1985 auf umgerechnet über 850 Milliarden Dollar. Die öffentliche Entwicklungshilfe des Jahres 1986 erreichte nach OECD-Angaben dagegen nur 49 Milliarden Dollar. (Globus)



Foto: Christa Schnepf

Tips und Adressen

„Schrecken und Hoffnung“

– unter diesem Titel ist im Münchner Stadtmuseum vom 10.12.87 bis 31.1.88 eine außergewöhnliche Kunstausstellung zu sehen. Künstler aus Ost und West zeigen, wie sie „Frieden und Krieg“ sehen. Die Zusammenstellung der Kunstwerke ist in dieser Art wohl einmalig. Der Weg zur Münchner Ausstellung dürfte sich – z. B. auch für ZDL-Gruppen – ganz bestimmt lohnen. Wer den Termin „verpennt“, der muß dann allerdings erheblich länger fahren: am März ist die Ausstellung in Moskau und anschließend in Leningrad. (Siehe auch S. 22)

Ökumenische Adventsfeier in Mutlangen

Am 3. Advent, dem 13. Dezember 1987 findet von 14 – 16 Uhr eine ökumenische Adventsfeier im württembergischen Mutlangen (Pershing-Standort) statt. Die Feier ist verbunden mit der „Forderung nach weiteren Abrüstungsschritten“ und will eine Ergänzung zu den Adventsfeiern im Land sein, „eine Neubesinnung auf das Wesen des Advent: die Ankunft des Friedensfürsten in unserer mit dem Krebsgeschwür der militärischen Rüstungen und vom Untergang bedrohten Welt“.

Kontakt: Büro OHNE RÜSTUNG LEBEN, Kornbergstr. 32, 7000 Stuttgart 1

Willy Jaeckel. „Schlachtfeld“, 1915



Bundeskongreß 'Wege zur Sozialen Verteidigung'

Unter dem Motto „Ohne Waffen – aber nicht wehrlos“ steht der Bundeskongreß zur S. V. vom 17.–19.6.1988 in Minden, Westfalen.

Eingeladen sind alle Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und den Schutz von Mensch und Umwelt verantwortlich fühlen und die sich für die Entwicklung gewaltfreier Widerstands- und Verteidigungsformen einsetzen wollen.

Kontakt: Kongreßbüro Wege zur Sozialen Verteidigung Alte Kirchstraße 1a 4950 Minden

Trends

Freiwilliges ökologisches Jahr

Ein „Freiwilliges ökologisches Jahr“ soll es in Zukunft als Ergänzung zum Freiwilligen Sozialen Jahr geben. Niedersachsen, das erste Bundesland, das dieses Freiwillige ökologische Jahr bereits eingeführt hat, hat die Träger des Freiwilligen Sozialen Jahres um eine Stellungnahme gebeten.

Der Arbeitskreis Freiwillige Soziale Dienste des Diakonischen Werkes der EKD und der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej) hat als zuständiges Fachgremium an

den zuständigen niedersächsischen Umweltminister Remmers geschrieben. In der kritischen Stellungnahme heißt es u. a.: „Zu Freiwilligendiensten darf nicht aufgerufen werden, um gesellschaftlich ungetane Arbeit billig zu erledigen. Dies hieße, das Engagement junger Menschen zu mißbrauchen... Uns stellt sich die Frage, ob Jugendliche hier nicht als Alibi fungieren sollen, um den Eindruck zu erwecken, im ökologischen Bereich würde bereits viel getan.“ (Der vollständige Text ist in „ej“ 8/87 abgedruckt.)

Zitat

„Deshalb, wenn wir uns die Sache ausrechnen wollten und mit rechter Vernunft erwägen, wieviel man für den Krieg bezahlt, wieviel für den Frieden, würden wir sicherlich feststellen, daß der Friede wohl mit dem zehnten Teil an Sorgen, Strapazen, Beschwerlichkeiten, Gefahren, Kosten und schließlich an Blut verschafft

werden könnte, mit dem der Krieg herbeigeführt wird. Eine so große Menschenmenge führst du in Gefahr, um irgendeine Stadt zu zerstören; mit der Arbeit dieser Menschen und auch ohne Gefahr könnte eine andere, viel herrlichere Stadt errichtet werden.“

Erasmus von Rotterdam, 1515



TAUZIEHEN

Weniger ZDLs, aber mehr soziale Arbeit in den 90er Jahren - Der Wettstreit um die Zivi-Plätze hat begonnen.

Die Yuppies sind out, die „Dinks“ sind jetzt in. Mit „Double-Income-No-Kids“ (Doppeltes-Einkommen-keine-Kinder) liegen diese modernen Zweierkisten (genauso wie die „Singles“) voll im Trend einer Entwicklung, die seit Mitte der 60er Jahre anhält und dieser Republik ein neues Gesellschaftsprofil beschert: die Jungen nehmen ab, die Alten nehmen zu.

Und das betrifft natürlich auch den Zivildienst: Weniger Zivis, aber mehr soziale Arbeit. Tauziehen könnte demnach zum Zivildienstsport der 90er Jahre werden, wobei allerdings nicht mit, sondern um die ZDLs gezogen wird. „Zivildienst im Umbruch“ war der Titel einer Tagung in der Evang. Akademie Loccum, auf der man das heraufziehende Problem sozial- und arbeitsmarktpolitisch beleuchten wollte. wub war dabei. Ein Bericht von Werner Schulz.

Eingeladen hatte die Evang. Akademie zu einem Freundschaftsspiel, zur Debatte um Stellenwert und Zukunft des Zivildienstes, zum Diskurs über die Spielregeln für das nächste Jahrzehnt. Am Ende stand jedoch fest: die Vorrunde im Kampf um die Zivildienstplätze hat längst schon begonnen. Und die Regeln stehen nicht mehr zur Diskussion: der Stärkere gewinnt.

Knapp 100 Zivildienstprofis und -amateure, Pressemenschen und Zivis waren angereist, die Tagung ausverkauft, die Ränge vollbesetzt. Gleich am Anfang, quasi als Aufwärmprogramm, gab's Zahlenspiele für jedermann: wie wird sich die Zahl der Wehrpflichtigen bis zur Jahrtausendwende de facto entwickeln? Unüberhörbar schlugen die Frühwarnsysteme der Bundeswehr ja bereits seit langem Alarm.

Mangelnde Zeugungsbereitschaft in der Vergangenheit gefährde die Verteidigungsbereitschaft in der Zukunft, heißt es. Tatsache ist: Die Kurven der Demographen weisen deutlich nach unten.

Stichwort: Pillenknick. Wer 1986 gemustert wurde, jahrgangsmäßig also noch den 68ern angehörte, der hatte etwa 428 000 männliche Altersgenossen neben sich.

Wenn im Jahr 2000 die heute 5jährigen dran kommen, (Jhrg. 1982) dann sind die Kreiswehersatzämter nach der 255 700sten Musterung fertig.

Wie die Militärplaner den Fehl von knapp 100 000 Wehrpflichtigen pro Jahrgang ausgleichen wollen, das ist sattsam bekannt: Verlängerung der Dienstzeit, mehr Reserveübungen, Frauen. Ob und wie die Löcher im Zivildienst zu stopfen sind, darüber wird derzeit noch nachgedacht.

72 000 ZDLs arbeiten zur Zeit, 75 000 werden es wohl noch bis Ende des Jahres sein. Und dann? Weiß jemand, wie die Entwicklung bei den KD-Vern aussehen wird?

Hintze: Kein Handlungsbedarf.

Der erste, der in Loccum gefragt wurde, war Peter Hintze, der Bundesbeauftragte für den Zivildienst.

Der Bonner Teamchef brachte Computerauswertungen mit und legte Thesen vor, in denen er den Teilnehmern, fast die Hälfte übrigens kirchliche Mitarbeiter, zuerst einmal ausführlich darlegte, daß die Situation im Zivildienst,

so wie sie gegenwärtig ist, durch und durch gut sei und daher auch so bleiben soll und daß im übrigen schon das Thema der Tagung falsch gewählt sei. Peter Hintze in These Nr. 8:

„Der Zivildienst steht nicht vor einem Umbruch, weder quantitativ, noch qualitativ.“ Zum Beweis nannte Peter Hintze „brandneue“ Zahlen, denen zufolge die Zahl der ZDLs auch in den Jahren 1990-2000 nie unter die 50 000er-Grenze abrutschen werde. Es klang etwa so wie, „früher ging es doch auch“, als der Referent auf die 30 000 Zivis von 1983 verwies und daher die prognostizierten 50 000 für eine Größe hielt, mit der „der Zivildienst bis Ende der 90er Jahre kontinuierlich fortgeführt werden“ könne. Also wieder mal: kein Handlungsbedarf. Stattdessen: weiter so Zivildienst!

Daß die Probleme so einfach zu umspielen sein werden, vermochten nur wenige Zuhörer/innen zu glauben. Für Frau Brigitte Maar, Referentin für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände (BAG) war die „versprochene“ Mannschaftsstärke von 50 000 ZDLs kein Grund zur Beruhigung: „Mitte der 90er Jahre wird die Zahl der zu versorgenden alten Menschen derart zunehmen, daß auch 60 000 ZDLs nicht ausreichen würden.“ Die demographische Entwicklung wird sich nämlich nicht nur schrumpfend auf die Helfer-Seite auswirken (ZDLs, freiwilliges soziales Jahr...), sie wird uns auch ansehnliche Zuwachsraten bescheren, auf der Seite der Hilfsbedürftigen nämlich. Prof. Rudolf Schmid von der Prognos AG in Köln hatte dazu Hochrechnungen dabei. Fazit: Die Arbeit für unsere alten und chronisch

langzeitkranken Mitmenschen wird enorm zunehmen, während immer weniger junge Menschen für diese Arbeit zur Verfügung stehen.

Das folgende Schaubild macht eine Entwicklung deutlich, die Tagungsleiter Henning Schierholz mit der nicht nur ironisch gemeinten Schlagzeile „Die graue Gefahr“ umschrieb.

Kinder- und Jugendlichenjahrgänge (bis 24 J.)		
1987	1990	2000
20 Mio	17 Mio	15 Mio
Anteil der über 55jährigen		
1987	1990	2000
15,8 Mio	16,5 Mio	18 Mio
Bevölkerungsanteil in % (15 – 24 J.)		
1983	1990	2000
16,8 %	13,1 %	9,7 %
(über 55 J.)		
27,4 %	28,6 %	31,4 %
Quelle: Prognos		wub 4/87

Da nach Aussagen des Prognostikers Prof. Schmid „Steigerungen des Sozialbudgets in den nächsten Jahren nicht in Sicht“ und damit mehr Hauptamtliche in den Sozialberufen nicht zu erwarten sind, wird den Profi-Helfern, aber auch den jungen Männern auf der Ersatz(-dienst)-Bank in den 90er Jahren der Wind vermutlich noch schärfer in's Gesicht blasen.

„Wir wollen keine Zivis mehr!“

wub-Interview mit Alfred Lorenz, ÖTV-Personalrat im Zentralkrankenhaus Bremen-Ost.

Das Gespräch führte
Werner Schulz



Alfred Lorenz

wub: Herr Lorenz, Sie haben hier in Loccum gesagt: „Es gibt im Krankenhaus keine arbeitsmarktpolitische Neutralität beim Einsatz von Zivildienstleistenden.“ Trifft diese klare Aussage Ihrer Meinung nach grundsätzlich auch auf andere Träger der sozialen Arbeit zu?

Lorenz: Im Kern trifft sie zu für jede Einrichtung, die sich über die Pflegesätze der von ihr betreuten und behandelten Menschen finanziert. Und in den Pflegesätzen sind in der Regel feste Arbeitsplätze abgerechnet. Andererseits ist es so: Wenn ZDLs beschäftigt werden, dann werden diese ja gegenüber dem Kostenträger als realer Geldposten in Anschlag gebracht und auch finanziert, d. h., die Anstaltsleitung, die mit Zivis arbeitet, verzichtet damit bereits auf die korrekte Geltendmachung möglicher Personalkosten.

Die Favoriten: ISB und MSHD

So nach und nach kamen in Loccum durchaus schon Spielregeln und Taktik für den zukünftigen Wettstreit zum Vorschein. Während Peter Hintze zwar noch seine Einschätzung zu vermitteln suchte, die Zahl der ZDLs könne „organisch“, d. h. in allen Arbeitsfeldern gleichmäßig „heruntergefahren“ werden, wollten die eindeutigen Favoriten für die Finalrunde, die großen „ZDL-Verbraucherverbände“ (so ein Teilnehmer), am liebsten schon heute klare Prioritäten gesetzt wissen, und zwar für die Arbeitsfelder 'Individuelle Schwerstbehinderten-Betreuung' (ISB) und 'Mobile Soziale Hilfsdienste' (MSHD). Frau Maar (BAG):

„Die ambulante Versorgung der alten Menschen sollte auch weiterhin – auch aus Kostengründen – Vorrang haben. Die Quotierung der Einsatzbereiche sollte den Verbänden überlassen werden.“

Noch deutlicher wurde Klaus Ulbrich, Regierungsinspektor beim niedersächsischen Sozialministerium. Nach Meinung „seines Hauses“ müßte durch „Umgestaltung“ und „Umgruppierung“ die Abdeckung der Bereiche ISB und MSHD gewährleistet werden. „Eher sind andere Bereiche abzubauen, als die ISB.“

Keine Frage, welche Dienststellen das sein könnten, die dann vom Platz gestellt werden sollen: alternative Projekte, kleine Einrichtungen, (friedens-)politisch Verdächtige.

Wie es scheint, werden aber auch die Behinderten selber um ihre ISB-Zivis kämpfen – und niemand kann ihnen dies verdenken. Ein Vertreter einer Behinderten-Initiative machte deutlich, welche Perspektive er für sich selbst ohne Zivis sieht: zurück ins Heim. Die einzige Alternative in der ZDL-Preisklasse, ehrenamtliche Helfer, sind nach seiner Ansicht keine Lösung, sondern eher ein weiteres Problem: sie seien nämlich weder so belastbar wie Zivis, noch entsprechend zuverlässig und verlangten überdies ständig nach Dankbarkeit.

Einige halten das Seil also schon fest in der Hand, während andere noch nach einem Schiedsrichter suchen und dabei enttäuscht feststellen, daß der „Bundesbeauftragte“ für den Zivildienst für diesen Posten gar nicht in Frage kommt. Ein Tagungsteilnehmer: „Die Soldaten bei der Bundeswehr haben einen Wehrbeauftragten, der sich schützend vor die Soldaten stellt. Jetzt erlebe ich hier einen Bundesbeauftragten für den ZD, der mir eher wie ein Regierungssprecher vorkommt.“ Die Namensgleichheit habe da schon des öfteren zu Verwirrungen geführt, meinte Peter Hintze. (Fortsetzung S. 6)

wub: Sie sagten weiter, Sie würden in Zukunft alles dafür tun, damit in absehbarer Zeit in Ihrer Einrichtung keine ZDLs mehr beschäftigt sind. Was treibt Sie in diese Richtung vor?

Lorenz: Da gibt es mehrere Motive. Eines ist: ZDLs sind Arbeitnehmer 2. Klasse. Das ist ein Zustand, der ist in einem Betrieb immer schlecht. Arbeitnehmer mit minderen Rechten sollte es nicht geben, die müssen heraus. Deswegen haben wir ja auch relativ viel gegen ABM-Kräfte, (ABM = Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahme, vom Arbeitsamt gefördert, d. Red.) obwohl die z. B. deutlich besser gestellt sind als ZDLs, bezüglich tarifvertraglicher Regelungen usw. Das Zweite, warum wir sie raus haben wollen ist: Sie blockieren tatsächlich Arbeitsplätze. Und das Dritte ist: Die ZDLs sind ja überall schließlich doch als vollwertige Kraft eingesetzt, dann aber für das, was sie tun in der Regel nicht ausgebildet und reduzieren damit auch die Handlungsmöglichkeiten der übrigen Kollegen und Kolleginnen.

wub: Es geht Ihnen demnach nicht darum, zu sagen, das Krankenhaus z. B. ist kein Feld, in dem der KDV seine „ureigene“ Absicht, die er mit der KDV verbindet und mitbringt, auch tatsächlich umsetzen kann?

Lorenz: Ich selbst kann nur sagen, also unabhängig von der Haltung der Gewerkschaftsbewegung: ein Krankenhaus, als eine reguläre Einrichtung des Gesundheitsdienstes, ist kein Platz für Leute, die vorhaben, gegen den Krieg anzutreten. Da gibt es keinen Sinnzusammenhang, jedenfalls aus meiner Sicht nicht. Es gibt auch aus meiner Sicht nicht den „spontanen“ Zusammen-

hang zwischen KDV und sozialem Dienst. Meiner Meinung nach kann sehr wohl ein Mensch den Kriegsdienst verweigern, aber trotzdem überhaupt nichts am Hut haben mit einem sozialen Dienst.

wub: Ist Ihre Position in dieser Frage Konsens innerhalb der Gewerkschaft?

Lorenz: Ob das Konsens ist innerhalb der Gewerkschaft, das kann ich nicht abschätzen, weil ich nicht annehme, daß in weiten Bereichen innerhalb der Gewerkschaft überhaupt darüber diskutiert worden ist. Der Einsatz von ZDLs ist dort weitgehend ausblendet. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen sagen die Dienststellenleitungen: „Das geht euch gar nichts an, die sind einberufen, abkommandiert, das hat mit dem Personalrat gar nichts zu tun, das sind ja keine Angestellten.“

Das Zweite ist, daß der Stellenplan in allen Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens derzeit so dünn und so scharf auf Arbeitsstunden kalkuliert ist, daß die immer alle auf dem „Zahnfleisch“ arbeiten und froh sind, wenn irgendjemand kommt. So, und dann wird es für die Personalräte schwierig zu sagen: „Das nehmen wir euch wieder weg.“ So gehen wir ja auch nicht vor. Wir sind ja nicht dafür, einen ZDL aus dem Krankenhaus hinauszuschmeißen oder ihn wieder abzuziehen, sondern wir wollen, daß die Plätze abgebaut werden, die Zivildienstplätze, und zwar alle. Aber abbauen heißt für uns ein schrittweises Vorgehen. Und immer da, wo die Zivildienstplätze verschwinden muß es entweder eine Lösung durch einen anderen Stellenplan oder eine organisatorische Lösung geben.

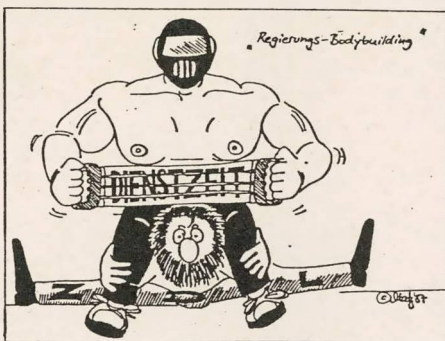
Frauen - „das ungenutzte Kräftepotential“?

Unterdessen laufen sich am Rande, fast unbemerkt, freiwillig ältere Männer warm, die ihre Hoffnung auf den zwangsweisen Einsatz junger Frauen setzen.

Günter Hahnenfeld, pensionierter Ministerialdirektor im Verteidigungsministerium, ehemals oberster Chef für Wehrpflichtangelegenheiten, war nicht in Loccum dabei. Aber in der Zeitschrift „Bundeswehrverwaltung“ (2/87) schreibt er:

„... bei einer Verringerung der KDV-Zahlen braucht und darf die Personaldeckung für die Sozialdienste nicht verkürzt werden.“ Wie das? Ganz einfach, es stehe ja ein „großes, nicht genutztes Kräftepotential zur Verfügung: Die Frauen zwischen 18 und 28 Jahren.“ (zit. nach 4/3, Sept. 87)

Schlechte Zeiten für diejenigen, die Wettspiele gar nicht mögen und lieber nach Spielen ohne Sieger suchen, d. h. nicht die Zivis neu verteilen, sondern



Zeichnung: M. Scharpf

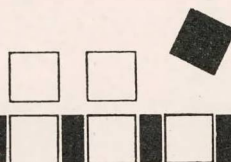
den Zivildienst neu organisieren möchten. Zum Beispiel Gerhard A. Hoffmann vom Diakon. Werk Hessen und Nassau (wub-Lesern als Autor der Rechtsecke gut bekannt). Für ihn ist die Einbindung von KDVern in die Sozialarbeit von Anfang an eine „Not-Lösung“ gewesen. Und mehr noch: „Ein an militärischen Strukturen orientierter und staatlich reglementierter, auf Befehl und Gehorsam basierender Pflichtdienst für eine besondere Gruppe der wehrpflichtigen Männer, ist ein

Fremdkörper im Gefüge der sozialen Arbeit.“

Oder Pastor Ulrich Finckh von der Zentralstelle für Recht und Schutz der KDVer. Er will daran festhalten, daß aus dem Zivildienst ein Friedensdienst zu machen sei: „Während Friedensbereitschaft stets nur mit Worten unserer Politiker deklariert wird, wird Kriegsbereitschaft als Abschreckung mit Waffen, Menschen und Milliardenetats Tag für Tag in geradezu atemberaubendem Umfang durch Taten bekräftigt. Das Engagement der Kriegsdienstverweigerer kann und muß genutzt werden, den schönen Friedensworten Taten folgen zu lassen.“

Fehlt zum Schluß eigentlich nur noch, daß jemand die ZDLs in Regleinrichtungen der Sozialarbeit ganz abschaffen will. Und tatsächlich, auch für diese Position gab's in Loccum einen Vertreter: Alfred Lorenz, ÖTV-Personalrat in einem Bremer Krankenhaus. Er brachte nicht nur Thesen, sondern auch konkrete Handlungsvorschläge mit. Mehr dazu im Interview (s. Kasten). ■

RÄTSEL



Lösung wub-Preisrätsel 3/87:

„Gewaltfrei leben lernen“
Die Hauptgewinner sind:

1. Preis: (Ökolopoly)

J. Hekler, Schwanenweg 20, 6900 Heidelberg

2. Preis: (Öko-Spiel)

Thomas Stukenberg, Giesebrechtstr. 3, 4300 Essen 1

3. Preis: (Spielebuch)

Helmut Spitzenpfeil, Reismühlenweg 4, 8856 Harburg-Ebermergen

Die Gewinner der wub-Freiabos (4. - 10. Preis) werden von uns schriftlich benachrichtigt. Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß beim Spielen!

Auch allen, die diesmal nicht gewonnen haben, danken wir für's Mitmachen.

Danke auch all denen, die „noch was zu sagen“ hatten!

Lösungswort auf Postkarte schreiben und unter lesbaren Absenderangabe an:

Redaktion wub

Werner Schulz

Rosenbergstr. 45

7000 Stuttgart 1

Einsendeschluß für das wub-Preisrätsel

4/87 ist der 15.1.1988 (Poststempel)

Unter den richtigen Einsendungen werden (unter Ausschluß des Rechtsweges) diesmal folgende Preise verlost:

1. - 5. Preis: „Länger leben als die Gewalt.“ Das neue Buch von Gernot Jochheim. Druckfrisch! (Erscheint im Febr. 1988)

6. - 10. Preis: Je ein wub-Freiabo für das erste Jahr nach dem Zivildienst.

Es muß ja nicht immer Kreuzworträtsel sein. Für gut informierte Menschen (= wub-Leser) müßte folgende Rechnung auf's erste aufgehen. Man nehme:

Jahr des Ruhrkampfes		=	
plus		=	
Jahr des Prager Widerstandes		=	
geteilt durch		=	
die höchste Soldgruppe für ZDL		=	
plus		=	
die ab 1.6.89 inkrafttretende Zivildienstdauer (in Monaten)		=	
plus die Zahl des Grundgesetzartikels,		=	
in dessen Abs. 3 das Recht auf Kriegsdienstverweigerung steht		=	
geteilt durch		=	
die Zahl der Bundeskanzler, die es vor Helmut Kohl gegeben hat		=	
plus die Zahl der ZDL's,		=	
ab der in einer Dienststelle ein Vertrauensmann gewählt werden darf		=	
geteilt durch		=	
die Anzahl der Tage, die jedem ZDL als Entlassungsurlaub zustehen		=	
plus den Betrag, mit dem ein ZDL, dessen Dienststelle keine Verpflegung gewähren kann, ersatzweise auskommen muß		=	
minus die von Umweltschützern		=	
für Autobahnen geforderte Höchstgeschwindigkeit		=	
		=	
ergibt eine Jahreszahl			
Frage:	Welche Person, die für den Pazifismus wichtige Impulse gegeben hat, wurde zu dieser Zeit geboren?		

Spurensicherung zur deutsch-jüdischen Geschichte

Bericht von einer Werkwoche in
Landau in der Pfalz

Von Uwe Prohl, Böhl-Iggelheim

Wer von uns hat einen jüdischen Freund? Wer weiß von Juden in seinem Dorf, in seinem Stadtteil? Vermutlich die wenigsten. Juden in Deutschland – es scheint sie nicht zu geben.

Daß dies nicht immer so war, das weiß jeder. Gab es in Deutschland vor der Machtergreifung des NS-Regimes 500 000 Juden, so sind es heute in der Bundesrepublik noch 25 000. Jüdische Menschen, jüdisches Leben, jüdische Kultur drohen aus dem Bewußtsein zu verschwinden.

Hinzu kommt, daß über das, was im „3. Reich“ geschah, nicht gern gesprochen wird (da ist öffentlich von der „Gnade der späten Geburt“ die Rede; wieder einmal wird die Forderung laut, endlich einen Schlußstrich zu ziehen...).

Deshalb der Versuch, diesen starken Strömungen etwas entgegenzusetzen: Spuren der deutsch-jüdischen Geschichte aufzuspüren, zu erkennen, sie zu sichern.

Elf Zivis trafen sich für eine Woche in Landau in der Südpfalz zu einer Werkwoche mit Pfarrer Schneider vom Pfälz. Pfarramt für KDV und ZDL.

Wir verbanden „Kopfarbeit“ mit praktischer Tätigkeit:

Vormittags waren wir auf dem großen jüdischen Friedhof in Ingenheim bei Landau (s. nebenstehenden Auszug aus einem Teilnehmerbericht).

Nachmittags und abends fand die „Kopfarbeit“ statt: Begegnungen mit Juden, die die NS-Zeit überlebt haben und auch heute hier leben; ein Gespräch mit dem Arbeitskreis „Kirche und Judentum“.

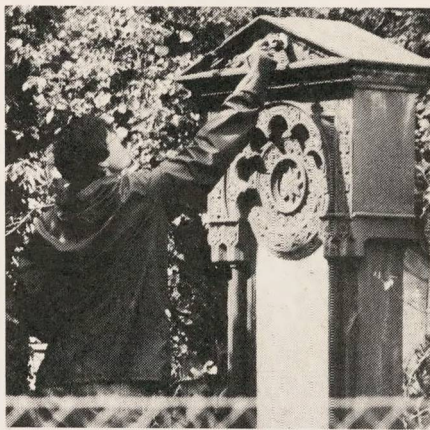
Die Verfolgung konkret...

Wir erfuhren z. B. wie in Landau die Verfolgung der Juden ganz konkret ausgesehen hat:

- 1933 wurden 20 Jüdinnen durch die Stadt getrieben mit einem Schild um den Hals, auf dem stand: „Ich bin eine Hure“.
- Christen wandten sich von einem auf den anderen Tag von ihren jüdischen Freunden ab, als hätten sie sich nie gekannt.
- Juden wurden gezwungen, ihre Häuser zu verkaufen – weit unter ihrem Wert. Weigerten sie sich, kamen sie in Haft; für jeden Tag wurde der Preis verringert – nach 1-2 Wochen beka-



ZDLs bei der Spurensicherung auf jüdischem Friedhof. Fotos: Uwe Prohl



men sie nichts mehr für ihr Haus. – Die Pfalz wurde als erste deutsche Region „judenfrei“.

... und in der Tradition.

Das NS-Regime stand dabei in einer langen Tradition nicht gerade judenfreundlicher Gesetze. So konnten wir Dokumente aus dem Mittelalter sehen, in denen z. B. die Aufenthaltsdauer von Juden auf 10 Jahre begrenzt wurde. Danach konnte sie verlängert werden – oder auch nicht. Oder es durfte ein jüdischer Mann sich an einem bestimmten Ort niederlassen, Frau und Kinder durften jedoch nicht nachziehen. – Unsere heutige Asyl- und Ausländergesetzgebung hat lange zurückreichende Wurzeln!

Was blieb am Ende dieser Woche? Betroffenheit angesichts dessen, was mit Juden geschah, aber auch Lust darauf, heutiges jüdisches Leben genauer kennenzulernen.

Zum Schluß zwei Tips für Interessierte: Fahrt einmal nach Worms und geht dort über den jüdischen Friedhof, besucht dort auch die (wiederaufgebaute) Synagoge, das Judenbad und das Raschi-Haus (Museum).

In Landau lohnt ein Besuch im Frank-Löbschen-Haus; dort ist die Verfolgungsgeschichte der Jüdischen Gemeinde Landaus dokumentiert.

Aus dem Bericht eines Teilnehmers:

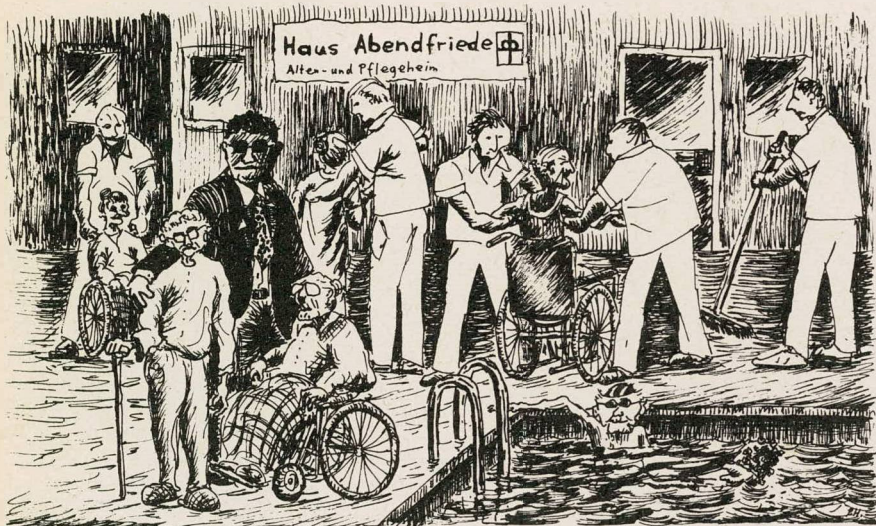
... Holocaust – was kennen wir eigentlich davon? Zahlen, Gesetze, Zeittafeln, alles Ungeheuerlichkeiten, anonym, unvorstellbar. Für mich war diese Werkwoche eine wichtige Erfahrung, diese Horrorzahlen mit Einzelschicksalen zu füllen, den Menschen dahinter wiederzufinden. Das war in Landau möglich z. B. durch die detaillierte Ausstellung im Frank-Löbschen-Haus, oder durch einen historischen Stadtrundgang mit Hobbyhistoriker Karl Fücks.

Auf dieser regionalen Ebene wurde deutlich, daß das faschistische Regime nicht durch die großen Tyrannen möglich wurde, sondern durch die Mitläufer und Opportunisten, auch aus der Nachbarschaft. Geschäftsleute denunzierten ihre jüdische Konkurrenz, kleine Parteimitglieder profilierten sich durch besonders eifertige Befehlsausführung.

Im praktischen Teil der Werkwoche betrieben wir konkrete Spurensicherung auf dem Judenfriedhof in Ingenheim, damit buchstäblich kein Gras über die Sache wächst. Hier versuchten wir jeden Morgen, soweit uns das Wetter gnädig war, Grabsteine wieder leserlich zu machen. Dabei war uns klar, daß unsere Arbeit dort wohl eher symbolischen Wert haben kann, aber dieses Symbol der Aussöhnung mit den Toten war uns die nassen Füße wert.

Volker Stocké, Großkarlbach

Kontrovers



Heimleiter Zap liebt kühle Entscheidungen: neues Personal gebazt. Swimmingpool gekauft.

Heinz Zap ist mit allen Wassern gewaschen. Im Personalbereich, wenn es darum geht, den gesetzlichen Pfleigeschlüssel einzuhalten, und finanziell über die Runden zu kommen.

Im Therapiebereich, wenn es darum geht, seinen Bewohnern den Alltag abwechslungsreicher zu gestalten und so das Image seines Heims aufzuwerten.

Darum hat er 10 Zivis gebazt. Und vom gesparten Lohn einen tollen Swimmingpool gekauft.

„Ich bin auf das BAZ-Angebot gekommen. Das ist Deutschlands größter Billig-Kräfte-Vermittler. Tariflich bezahlte Leute kann ich mir nicht leisten. Hier zahle ich höchstens Essensgeld und Sorge für eine Unterkunft.“

Und Sonderbelastungen sind auch kein Problem. Das sind ja Wehrpflichtige. Nach 20 bzw. 24 Monaten gebe ich den Zivi zurück und fahre gleich mit einem neuen, frischemotivierten nach Hause.“ Alle Achtung, Herr Zap.

Beantragen auch Sie einen der vielen Drückeberger. Damit wir das soziale Netz flicken und die Kriegsdienstverweigerung entpolitisieren. Friedensdienst für alle!

BAZ Z.D.L. Bazing

Mit uns können Sie rechnen.

dem betroffenen Bereich unverzüglich zurück, bzw. verhindert ihn von vornherein.“ Dieser Anspruch ist jedenfalls nachzulesen in einem kenntnisreichen Kommentar mit viel Hintergrundwissen (Rechtsberater KDVB/ZD, dtv, Nr. 5234, S. 100f.), der aber zugleich einräumt, daß „wettbewerbsrechtliche Fragen dagegen bei der Anerkennung von Beschäftigungsstellen im sozialen Bereich nicht geprüft (werden).“ (101)

Damit ist eine arbeitsmarktpolitische Grauzone angedeutet. Nicht wenige Zivildienstleistende spüren während ihres Dienstes wachsenden Unmut, als 'billige Arbeitskraft' mißbraucht zu werden. Einige Zivildienstleistende artikulieren dieses Empfinden, nicht zuletzt in Form von Scherzen wie „Die Sklaverei ist abgeschafft! Es lebe der Zivildienst!“ oder – in Anlehnung an das konsumanregende Leasing-Prinzip – „ZDL-BAZing“. Diese, z. T. schon zynisch anmutenden, Witze signalisieren vielleicht auch ein Stück der Verbitterung darüber, daß zu gleicher Zeit gerade auch Fachkräfte im sozialen Bereich arbeitslos sind.

Schweigen in Bonn

Um diese Problematik einmal zur Diskussion in „Kontrovers“ zu stellen, wurden mit Datum vom 28. Juli der Bundesbeauftragte für den Zivildienst (BfZ), Peter Hintze, und der Vorsitzende der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer e. V., Pastor Ulrich Finckh, um eine kurze Stellungnahme gebeten. Als Denkanstoß wurden die hier abgebildeten „Anzeigen“ mitgeschickt. Das Ergebnis unserer Bemühungen liegt nun dem wub-Leser vor: Pastor Ulrich Finckhs engagierter Beitrag kann hier nachgelesen werden. Weshalb der Bundesbeauftragte für den Zivildienst keinen Beitrag zustande brachte, weiß die wub-Redaktion bis heute nicht:

Im dem Brief vom 28.7. wurde freundlich und höflich um eine kurze Stellungnahme und um eine zu- oder absagende Nachricht gebeten. Keine Antwort. Anfang September wurde der BfZ persönlich angesprochen, ob der Beitrag zu erwarten wäre. Er bat um eine schriftliche Erinnerung. Diese wurde ihm übermittelt, eine Eingangsbestätigung o. ä. unterblieb trotz des persönlichen Anschreibens wiederum. Um Klarheit über Zusage oder Absage des – Ende Juli für Mitte Oktober erbetenen – Beitrags zu bekommen, erkundigte sich ein Mitglied der wub-Redaktion am 22.9. beim persönlichen Referenten des BfZ. Er erhielt die ZUSAGE, daß „die wub-Redaktion termingerecht mit einem Beitrag des BMJFFG (??) rechnen kann“, ob es der BfZ selbst schaffe, sei noch ungewiß. Am Montag, dem 12. Oktober 1987 erreichte dann die wub-Redaktion die telefonische Nachricht, ein Beitrag käme nun leider doch nicht zustande. Von Fragen zum Umgangsstil einmal abgesehen, bleibt nun für die wub-Redaktion und gewiß auch für manchen Leser überlegenswert, ob nicht 'keine Stellungnahme' auch eine Stellungnahme des Bundesbeauftragten für den Zivildienst ist???

d. Red.

FRAGE: Ist der Zivildienst arbeitsmarktpolitisch neutral?

Die Kopie

Zeichnung:
Ex-ZDL Peter Haury

Die stetig gestiegene und noch steigende Zahl der im Dienst befindlichen Zivildienstleistenden (im nächsten Jahr werden es rd. 75 000 sein) führt notwendig zu der Frage nach der 'arbeitsmarktpolitischen Neutralität' des Zivildienstes.

Der Gesetzgeber hat mit § 32a ZDG einen mißbräuchlichen Einsatz von Zivildienstleistenden zumindest während der Dauer eines Arbeitskampfes ausdrücklich ausgeschlossen. Um die 'arbeitsmarktpolitische Neutralität' des Zivildienstes sichern zu helfen, gehören des weiteren je ein Vertreter der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften dem Beirat für Fragen des Zivildienstes beim BMJFFG (§ 2a ZDG) an. Wird – in klar belegbaren Fällen – gegen das Gebot der arbeitsmarktpolitischen Neutralität verstoßen, „nimmt der Staat den (ZDL-) Einsatz aus

Antwort aus Bremen

Stellungnahme von Pastor Ulrich Finckh, Bremen

1. Vorbemerkungen zur Struktur des Zivildienstes

Oft spürt ein Zivildienstleistender, wie merkwürdig seine Situation ist: Er befindet sich in einem besonderen Gewaltverhältnis zum Staat

- aufgrund zwangsweiser Einberufung;
- der Verpflichtung zum Gehorsam;
- eingeschränkter persönlicher Rechte;
- geringer Bezüge wie Soldaten in Mannschaftsdienstgraden (nur Sold und Naturalleistungen).

Gleichzeitig wird der Zivildienstleistende mit seinen eingeschränkten Rechten an gemeinnützige Organisationen als Leiharbeiter zweiter Klasse ausgeliehen. Er wird dadurch

- der zivile Mitarbeiter mit den geringsten politischen und wirtschaftlichen Rechten aller Mitarbeiter/innen der jeweiligen Einrichtung;
- der billigste Mitarbeiter, der die Einrichtung oft weniger kostet als der billigste andere Mitarbeiter;
- der vereinzelt Mitarbeiter, der keine gewerkschaftliche Organisation bilden, nicht einmal zusammen mit anderen Beschwerden schreiben darf.

Durch die geschilderte Situation wird jeder Zivildienstleistende für seine Einrichtung eine besonders billige und beliebig einsetzbare Arbeitskraft. Es ist klar, daß jeder Arbeitgeber, auch jeder gemeinnützige, solche Arbeitskräfte nicht ungerne hat.

2. Vorbemerkungen zur Geschichte des Zivilen Ersatzdienstes, Zivildienstes (ZED/ZD)

In allen sozialen Einrichtungen und Aufgaben fehlten nach dem Krieg Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch wer die Ersatzdienstleistenden zunächst ideologisch ablehnte, nahm sie deshalb und nach den ersten Erfahrungen sogar gern.

Andererseits wurde auf dem Verwaltungswege seit 1978 langsam zunehmend, seit 1983 sehr direkt der Zivildienst auf die Bereiche beschränkt, die im Kriege besonders viele Helfer brauchen: Krankentransport, Rettungswesen, Krankenpflege und ambulante Versorgung, Behindertenbetreuung und Umweltschutz. Gleichzeitig wurden alle friedensrelevanten Tätigkeiten verboten: Jugendarbeit, 3.-Welt-Gruppen, Bildungsarbeit, Einsatz in Schulen und Friedensarbeit. Wie radikal dieser Eingriff war, zeigen die Zahlen: 1983 gab es über 6000 Zivildienstleistende in Verwaltungstätigkeiten, 1986 waren es nur noch 700! Gerade die Tätigkeiten in Friedensdiensten, 3.-Welt-Gruppen, Jugend- und Bildungsarbeit waren im System des Zivildienstes 04-Plätze, also Verwaltungsdienst. Nach außen abgesichert wurde diese Operation „Zivildienst ohne Friedensdienst“ deshalb durch die Diffamierungskampagne gegen Verwaltungsplätze als „Sonnenscheinplätze“ und „Jolly Jobs“.

Im Umfeld des Zivildienstes hat es seit

1971 erhebliche Änderungen gegeben. Heute gibt es keinen Mangel an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Sozialberufen mehr. Im Gegenteil! Lehrer, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, Psychologen, Soziologen und Erzieher haben so gut wie keine Chance für einen Dauerarbeitsplatz. Selbst Ärzte, Krankenpfleger und Schwestern sind in nennenswerter Zahl arbeitslos.

3. Die „arbeitsmarktpolitische Neutralität“ des Zivildienstes

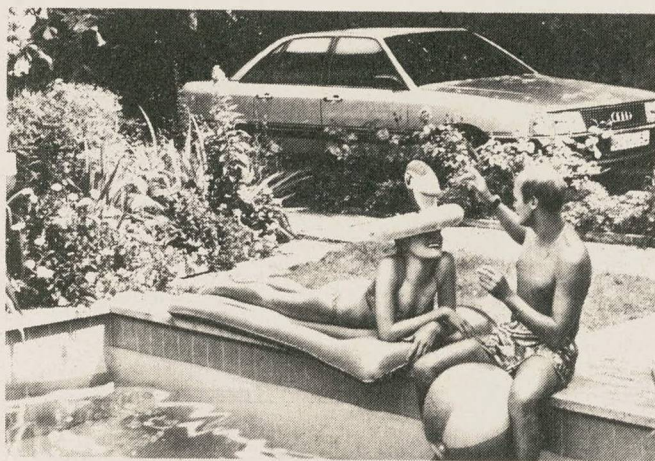
Bedenkt man die Entwicklung des Zivildienstes und die gleichzeitige Entwicklung in den Sozialberufen, so wird klar:

Eine arbeitsmarktpolitische Neutralität des Zivildienstes gibt es nicht! Jede Tätigkeit, die ein Zivildienstleistender im sozialen Bereich ausübt, könnte eine gut ausgebildete Fachkraft, die z. T. arbeitslos ist, durchaus übernehmen und viel besser machen. Damit wäre Arbeitslosen und Patienten geholfen.

Warum geschieht das dann nicht?

Es gibt m. E. drei Gründe:

- Das politische Interesse der Bonner Regierungsmehrheit, den sozialen Bereich billig zu halten; sie will das staatliche Geld für die Wirtschaft und für die Rüstung frei haben.
 - Das politische Interesse der Bonner Regierungsmehrheit, mehr Leute für den Kriegsfall wenigstens in medizinischen und sozialen Hilfstätigkeiten ausgebildet zu haben. Immer wieder tauchen entsprechende Gesetzentwürfe auf (Gesundheitssicherstellungsgesetz, Zivildienstgesetz, jetzt Gesamtverteidigungsplan).
 - Das verständliche betriebswirtschaftliche Eigeninteresse der sozialen Einrichtungen, die mit wenig Geld immer mehr Aufgaben übernehmen müssen und dafür möglichst billige Mitarbeiter suchen.
- Überblickt man diese Situation, so muß jeder Zivildienstleistende wissen, daß seine Kriegsdienstverweigerung zwar friedenswichtig ist, weil er damit die Frage nach dem Kriegsdienst mit der Waffe und der eigenen Gewissensentscheidung in unserer Gesellschaft wachhält. Aber der Zivildienst ist belastet mit dem Problem, daß er kein Friedensdienst sein darf und eher „Kriegsdienst ohne Waffe“ ist, der zusätzlich vielen tausend fachlich hochqualifizierten Menschen aus Sozialberufen den Arbeitsplatz wegnimmt. ■



Wolf Bernauer liebt kühle Entscheidungen: neuen Audi 100 geleast. Swimmingpool gekauft.

Wolf Bernauer ist mit allen Wassern gewaschen. Im Beruf, wenn es darum geht, alle Chancen zu nutzen, erfolgreich zu sein. Im Privatleben, wenn es darum geht, die Freizeit für sich und seine Frau so angenehm wie möglich zu gestalten.

Darum hat er seinen neuen Audi 100 geleast. Und vom gesparten Kaufpreis einen teilen Swimmingpool gekauft.

„Ich habe mich ein wenig umgeschaut“, erklärt Wolf Bernauer, „und bin auf das Angebot von V.A.G. Leasing gekommen.“

Das ist Deutschlands größte Auto-Leasing-Gesellschaft. Hier zahlt ich nur für den Wertverlust meines Audi während der Vertragsdauer, plus Zinsen. Also nicht den vollen Kaufpreis.

Und die einmalige Sonderzahlung war auch kein Problem, weil sie mit meinem Gebrauchten verrechnet wurde. In drei Jahren gebe ich den Audi zurück und fahre gleich mit dem neuesten Modell nach Hause. So, und jetzt geht' ich mich 'ne Runde abkühlen.“ Alle Achtung, Herr Bernauer, Sie haben erforschte Ideen. Besuchen Sie einen der 3.300 V.A.G. Partner für Volkswagen und Audi. Damit Sie erfahren, wie gut Sie mit V.A.G. Leasing fahren.

V.A.G. Leasing
Mit uns können Sie rechnen.

Das Original



Marga Friedrich,
Prokuristin

Das ginge nur, wenn alle Staaten auf Waffen verzichten würden. Nur dann wäre keine Gefahr mehr da. Wenn wir allein keine Waffen mehr hätten, wäre die Gefahr ja weiterhin gegeben. Und das wäre wohl nicht sinnvoll, daß man sich nicht verteidigen kann. Und mit gewaltfreiem Widerstand allein kommen sie gegen die Waffen der anderen nicht an, das kann ich mir nicht vorstellen. Was nützt es, wenn jetzt irgend ein Land, das uns angreift, die Atomwaffen noch hätte und wir hätten sie nicht mehr, was würden Sie dann machen? Da können Sie noch so massiven Widerstand leiten, dagegen kämen Sie ja wohl nicht an. Sie können nicht körperlich Widerstand leisten gegen Waffen, daran glaubt ja wohl kein Mensch.



Karl-Heinz Landvogt,
Beamter

Ja. Weil ich mir vorstelle, daß die wirtschaftlichen Verflechtungen eigentlich ausreichen. Ich glaube, daß wirtschaftliche Abhängigkeiten als Schutz ausreichen würden. Aufgrund dieser Abhängigkeiten müßte auch eine rationale Lösung im Falle eines Konflikts gefunden werden.



Inge Hagel,
Studentin

Schwierige Frage. Also ich fänd's ganz arg erstrebenswert. Da müßte man erst noch viele Feindbilder der abbauen, auch gegen den Osten. Ich glaube, daß der Osten uns in dieser Hinsicht gerade entgegenkommt. Ob sich aber ein Verzicht auf Waffen verwirklichen läßt? Ich glaube, das dauert 'ne Weile. Um da was zu erreichen, müßte man in der Erziehung der Kinder viel machen. Daß man Kindern klar macht, was Krieg heißt, daß man Geld sinnvoller einsetzen kann und daß man keine Kriegsspielzeuge mehr produziert.



Hilde Uhl,
Hausfrau

Jein. Naja, man weiß ja nun nicht genau, was der Geg. ..., also der Partner, wirklich vorhat. Das ist ja heute ziemlich ungewiß alles. Wenn ich mir vorstelle, wir hätten keine Waffen, dann würden wir schon mal dumm aus der Wäsche gucken, wenn tatsächlich ein Angriff erfolgen würde. Daß sich der Mensch moralisch abschrecken läßt, dafür ist er noch nicht reif. Ich würde eher sagen, daß die Schwäche eines unbewaffneten Landes ausgenutzt werden würde. Ich habe aber schon die Hoffnung, daß das geistige Potential etwas zunimmt.

Frage: Können Sie sich eine Verteidigungsstrategie ohne Militär für die Bundesrepublik vorstellen?

Stichwort: gewaltfreier Widerstand

Fotos: Angelika Emmerling



Rainer Fichter,
Beamter

Nein, nein. Gewaltfreier Widerstand kann vielfach im Vorfeld dazu beitragen, die Problematik einzudämmen und das Bewußtsein dafür zu vertiefen, daß abgerüstet werden muß. Aber wenn mal die Situation „x“ da ist, kann gewaltloser Widerstand nichts mehr leisten. Das Motto: „Es ist Krieg und keiner geht hin“, halte ich für eine unrealistische Vorstellung. Wenn man sich jetzt vorstellt, daß der potentielle Feind ins Land einmarschiert, und das Land ist tatsächlich nicht bewaffnet, also nicht verteidigungsfähig, dann ist die Konsequenz eindeutig: das Land ist besetzt und muß sich damit abfinden, daß es sich der fremden Macht zu beugen hat. Wenn in diesem betreffenden Land dann die Meinung vorherrscht, man kann das hinnehmen, Stichwort: „Lieber rot als tot“, dann läuft das eben so, aber im Regelfall ist das keine realistische Annahme.



Detlef Keitel,
Student

Nee, eigentlich nicht. Eine Verteidigung basiert eigentlich immer auf Gewalt und da ist dann wahrscheinlich Militär schon irgendwie gefragt. Also ich bin nicht für Militär, aber ich kann mir nichts anderes vorstellen. Ich hab' mir darüber schon Gedanken gemacht, z. B. als ich bei der Bundeswehr war, weil ich den Verein ziemlich niederträchtig finde, ziemlich übel, aber ich kann mir - ehrlich gesagt - wenn's wirklich darauf ankommt, nichts vorstellen, was effektiv wirkt gegen Gewalt. Gewalt muß wohl schon mit Gegengewalt bekämpft werden.



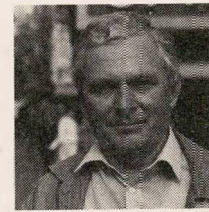
Stefanie Rath,
Studentin

Nein. Das fängt ja schon in ganz kleinen Sachen an, daß die Bundesregierung Dinge nicht fertigbekommt. Warum sollte sie dann so was Weitgreifendes fertigbekommen? Ganz allgemein könnte ich mir schon vorstellen, daß so etwas möglich wäre, also mit einer entsprechenden Regierung. Unsere Generation hat so etwas noch nie erlebt und wir stehen dem Ganzen deshalb vielleicht etwas naiv gegenüber, aber warum nicht.



H. Seidelmann,
Rentner

Wie alles im Leben, ist die Wahrheit so fantastisch, daß man sie überhaupt nicht einfangen kann. Wir hatten die denkbar größte Ausrüstung - und ich war ja dabei vom ersten Tag an in Rußland, es war ein riesiger Aufmarsch - und es war auch alles für die Katz. Und heute? Höchstens, daß alles noch viel mehr kaputt geht. Aber der springende Punkt ist: Wenn die anderen nicht mitziehen, können wir alleine nicht ohne Waffen auskommen, weil, wenn man sich die Menschen so anschaut: wenn einer stärker ist als der andere, dann kriegt der den Ellenbogen schon rein. Mit der Faust kann man nichts erreichen. Aber mit Vernunft, mit Reden, mit Geduld, mit viel Geduld. Das Christliche sollte auch hineinkommen, verzeihen, nicht doppelt und dreifach zurückschlagen.



Dipl.-Maschineningenieur aus Polen

Das ist schwierig für mich, weil ich von „hinter dem eisernen Vorhang“ komme. Wir würden uns sehr freuen, wenn wir ein solches Abkommen treffen könnten, daß wir ohne diese Waffen in Zukunft leben könnten. Das wäre speziell für die Russen eine gute Sache, weil sie auf der einen Seite große und schöne Raketen haben, aber anderswo haben sie keine Schuhe an den Füßen. So sollte man das auch mal sehen.



Erika Winckler,
Chemotechnikerin

Verteidigung geht ja wohl nur, wenn Militär da ist. Also ich könnte mir vorstellen, daß wir uns nicht verteidigen müssen, sondern daß es auch ohne Militär ginge. Aber da müßten natürlich beide Seiten abrüsten, nicht nur wir. Es würde vielleicht gehen, daß wir abrüsten und somit signalisieren: seht ihr, wir sind friedlich und deshalb braucht ihr uns gar nicht anzugreifen. Das sollte man schon versuchen. Das halte ich für möglich.



Sabine Müller,
Modeschülerin

Ich habe mir zwar nicht so viel Gedanken darüber gemacht, aber ich glaube eigentlich schon, d. h., ich bin dafür, daß man ohne Waffen auskommen kann. Irgendwie muß das gehen. Wenn es aber einen Angriff gäbe, dann müßte man sich schon mit Waffen wehren und sei es, daß sich jemand von außen - Amerika oder Rußland - einschalten würde. Daß gewaltfreier Widerstand eine abschreckende Wirkung auf einen Angreifer hätte, das glaube ich nicht. Das war ja schon oft da, daß Angreifer auf wehrlose Menschen geschossen haben.

THEMA

ANDERS VERTEIDIGEN



Das Maskottchen der Bundeswehr ist der Igel. Ein tapferes Kerlchen, das sich zu wehren weiß: Bei Gefahr werden die stacheligen Waffen gespreizt, ansonsten tut er niemandem etwas zuleide. Wer sie in Ruhe läßt, der kriegt mit Igel keine Probleme. Verteidigen, wenn's drauf ankommt; mit Angriff haben sie nichts im Sinn. Eigentlich ein schöner, friedlicher Vergleich – aber taugt der ausgerechnet für eine Armee, für die Bundeswehr? Ist ein Militärapparat, ob hierzulande oder anderswo, tatsächlich so absolut defensiv? Können technische (= nicht natürliche) Waffen das überhaupt je sein? Der Igel verteidigt mit den Stacheln seine Lebensweise. Er will weiter nichts, als das bleiben können, was er ist: eben ein Igel. Und was verteidigen wir? Was haben Sprengköpfe, Reichweiten und Megatote mit der Lebensform von Menschen zu tun? Der Wunsch nach Verteidigungsbereitschaft und Sicherheit scheint ein natürliches und wohl auch gesundes Bedürfnis zu sein. Nur: auf die Mittel kommt es an. Den Armeen wachsende die massenvernichtenden Stacheln nicht von selbst. Dafür wurde und wird geforscht, getüftelt, gebastelt und probiert. Der technische Fortschritt bestimmt heute die Form der Verteidigung. Und für diese Entwicklung gibt's im Tierreich ganz sicher kein Beispiel, dafür aber Tragödien genug, die zeigen, wie es auch kommen kann. Den Wettlauf mit dem Hasen hat der Igel mit List und Tücke gerade noch überstanden. Den Wettlauf mit der modernen Technik schafft er nie. Wer Auto fährt, der kennt die grausamen Bilder. Ob der Mensch dieses Rennen schaffen wird, das steht noch dahin. Fast sind es schon zu viele Rennbahnen, auf denen er gleichzeitig antreten muß. Und wen will man täuschen, wenn man ständig schreit, man sei ja schon da?

Mit einem ganz besonders folgenschweren Rennen beschäftigt sich die wub im Thementeil dieser Ausgabe: mit der Verteidigung. „Anders verteidigen“ ist unser Titel, und das heißt ja zunächst einmal: anders als bisher.

Nicht einfach so weitermachen!

Die Stop-Zeichen beachten!

Die wohlgedachten alternativen Vorschläge, die wir auf den nächsten Seiten vorstellen, reichen von kritischen Überlegungen innerhalb des Militärs bis hin zur radikalsten Form der Umstellung und Umbesinnung, der Sozialen Verteidigung. Für die gibt's noch kein Maskottchen, die Igel sind ja schon vergeben. Aber ich bin mir sicher: man hat sie nicht gefragt.

W. S.

ANDERS VERTEIDIGEN?

Nötig und möglich

Von Jürgen Hartwig, Bremen*

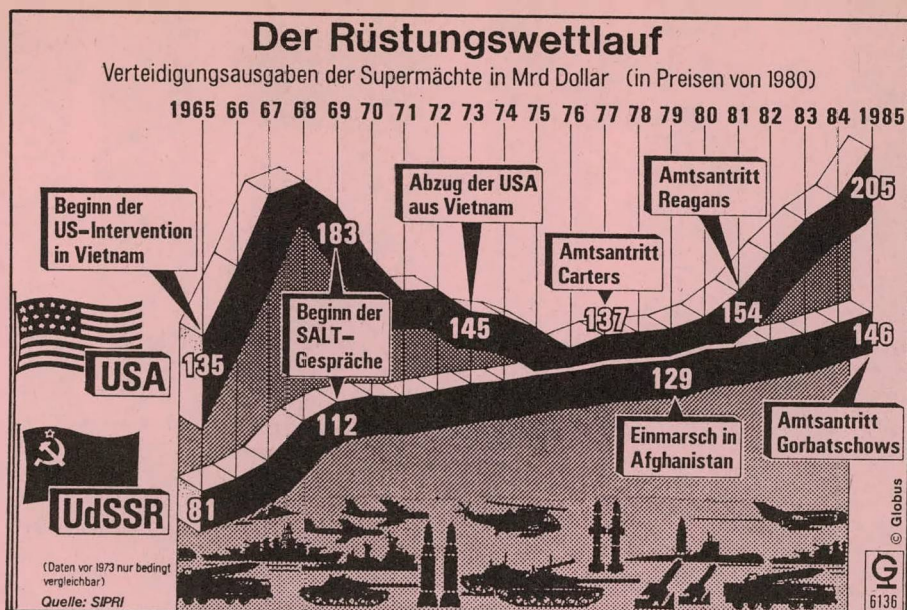
„Der Friede kann auf Dauer nur politisch, nicht technisch gesichert werden. Die nukleare Abschreckung gewährt nur eine Atempause von einigen Jahrzehnten.“

(C. F. v. Weizsäcker in der Anhörung „Alternative Strategien“ am 28.11.1983 vor dem Deutschen Bundestag)

Anders verteidigen - nötig!

Die bisherigen Kategorien militärischen „Sicherheitsdenkens“ erweisen sich zunehmend als untauglich: Daß mehr Rüstung mehr Sicherheit bedeutet, wird heute niemand mehr ernsthaft behaupten. In einer Welt, die politisch, wirtschaftlich und sozial zunehmend verflochtener wird, entstehen Wechselwirkungen und Abhängigkeiten, denen sich kein Mensch und erst recht kein Staat, keine Nation mehr entziehen kann – auch wenn eine „Weltinnenpolitik“ weder machbar noch wünschenswert erscheint. Weltweit bereiten vor allem folgende Entwicklungstendenzen stetig wachsende Sorgen:

- explosiv ansteigende finanzielle Aufwendungen für Rüstung und zum Unterhalt von Streitkräften;
- Massenarmut und Massenelend in der sog. „3. Welt“ bei anhaltender
- Kontinuität kriegerischer Konfliktaustragung in weiten Teilen der Welt;
- Konzentration von Militär und Rüstung und des weltweiten Waffenexportes in Industriestaaten;
- Entstehung militärisch-industrieller Komplexe, die den Primat der Politik in Frage stellen;
- Erweiterung des Kreises der atomwaffenbesitzenden Länder, bis hin zur Gefahr unkontrollierbarer (privater) Atomwaffenbesitzer;
- mangelnde Erfolge bei Rüstungskontroll-, -begrenzungs- oder gar Abrüstungsbemühungen;
- Erhöhung der Vernichtungswirkung (Letalität) von (nuklearen) Massenvernichtungsmitteln;
- umwelterstörende und umweltschädigende Wirkung von Militärproduktionen;
- mangelnde volkswirtschaftliche Effizienz von finanziellen Rüstungsinvestitionen;
- Gefährdungen durch technologische Fortschritte in der Militärtechnologie



gie (Verkürzung der Vorwarnzeiten/Computerfehler).

All dies läßt die – nur noch mit Mühe aufrechtzuerhaltenden – Militärdoktrinen, die auf dem Abschreckungsgedanken gründen, zunehmend fragwürdiger, geradezu irrational erscheinen. Folglich vermögen sie auch kaum noch die politische Überzeugungskraft zu vermitteln, die sie aber in demokratischen Staaten brauchen, um überhaupt wirksam werden zu können.

Anders verteidigen - möglich!

Die Rolle der (militärischen, physischen) Gewalt in der Geschichte sollte in dem Maße abnehmen, in dem sich wachsende Rationalität und Aufklärung durchsetzen, die auf Weiterentwicklung politischer, friedlicher Konfliktregelungsmechanismen in den internationalen Beziehungen und in den innenpolitischen Verhältnissen drängen. Bereits 1928 vereinbarten zahlreiche ehemals gegeneinander kriegführende Staaten, daß „Krieg kein Mittel der Politik“ mehr sei (Briand-Kellogg-Pakt). Zur Verhinderung des 2. Weltkriegs hat diese papierne Vereinbarung bekanntlich nicht beigetragen. Mit der UNO-Charta von 1945, die diese Absichtserklärung aufnimmt, sollte eigentlich ein neues Kapitel in der Weltgeschichte aufgeschlagen werden: Das „Argument“ Gewalt sollte durch die „Gewalt“ des Arguments ersetzt werden, Recht sollte vor Macht gehen. Etwa 160 Kriege und militärische Konflikte seit dem 2. Weltkrieg lassen starke Zweifel daran aufkommen, ob dies bisher gelungen ist. Dennoch: Wenn es die damals neugeschaffenen völkerrechtlichen Konfliktregelungsmechanismen, neben den Vereinten Nationen auch Militärbündnisse und andere

überregionale staatliche und nicht-staatliche Organisationen und Interessenszusammenschlüsse, nicht gäbe – wer weiß, in wieviel zusätzlichen Konflikten Blut vergossen worden wäre.

Aber: Die Gefahren einer weltweiten Vernichtung der Menschheit, sei es durch einen militärischen Konflikt, oder durch unterlassene Hilfeleistung in der 3. Welt, weil die finanziellen Aufwendungen massiv für Rüstungsbeschaffung eingesetzt werden, wachsen. Sie haben ihren Ursprung in einer Sicherheitsideologie, die Sicherheit voneinander produzieren und die durch Abschreckung, durch Androhung vernichtender Gewalt, funktionieren soll. Diese Art der Sicherheitspolitik hat keine Zukunft mehr!



Foto: M. Storz

Anders verteidigen - wie?

Hierfür müssen einige politische Voraussetzungen geschaffen werden. Sie betreffen – schlagwortartig –:

- **Bedrohungsanalyse**, realistische Einschätzungen der Bedrohung

- **Entspannung** „Standbein“, militärische Anstrengungen „Spielbein“
- militärischer **Strukturwandel**
- Finanzen: Einsparungen
- Personal: Reduzierung des Streitkräfte-Umfangs
- Doktrin: Defensivstruktur, Verzicht auf Atomwaffen
- Rüstung: Abrüstung und zuvor Umrüstung auf „Defensivwaffen“

Dies führt gewiß zu Abrüstungsschritten und kann zugleich Wege zu neuem (trans-)nationalen Wohlstand eröffnen, der durch soziale Gerechtigkeit und Umwelterhaltung gekennzeichnet ist.

Zunehmend Eingang in die Köpfe verantwortlicher Politiker hat die Erkenntnis gefunden, daß Sicherheit nicht mehr voreinander, sondern nur noch miteinander geschaffen werden

Mißtrauen und Angst vor Schwäche geprägten Denkweise, einer subjektiv empfundenen Bedrohung. Es ist an der Zeit, Abschied von liebgeordneten Feindbildern zu nehmen. Die Herausforderungen der Zeit sind heute andere als vor 40 Jahren! Eine von Hunger-, Natur- und Umweltkatastrophen heimgesuchte Weltbevölkerung muß überleben. Dies sind gemeinsam zu bewältigende Aufgaben! Eine „Bedrohungsanalyse“ darf sich nicht mehr nur noch auf das Zählen von Rüstung beschränken, sie muß sich erweitern, sie muß diese Faktoren einbeziehen. Doch bevor es soweit ist, muß Ehrlichkeit, muß die entideologisierte Einschätzung von Rüstungspotentialen praktiziert werden. Erste, vorsichtige Ansätze lassen Mut aufkommen.

handenen beweglichen Verbände auf wenige mobile Elemente zur Entlastung des Netzes einerseits, erfordert aber weiterhin bewegliche militärische Kräfte. Einer solchen machbaren Defensivstruktur setzen konservative Denker die Idee einer Vorwärtsstrategie entgegen. Sie macht dann Sinn, wenn man einen Krieg auf gegnerischem Boden gewinnen will. Das erfordert allerdings die Waffen und eine solche Doktrin, die eskalieren würden. Dies gilt es zu verhindern; „air-land-battle“, „FOFA“ und „focus 2000“ müssen dem Denken der Vergangenheit angehören! Der Umbau der Verteidigung in eine Struktur, die nicht durch Bestrafung abschreckt und die nicht die eigene Vernichtung zur Folge hat – wie derzeit –, sondern die die Sinnlosigkeit eines Angriffs durch die Unmöglichkeit eines Sieges signalisiert, ist gefordert. Dieser Umbau ist zu bewerkstelligen. Die „Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik“ hat ein solches Modell entwickelt und der Öffentlichkeit vorgestellt.

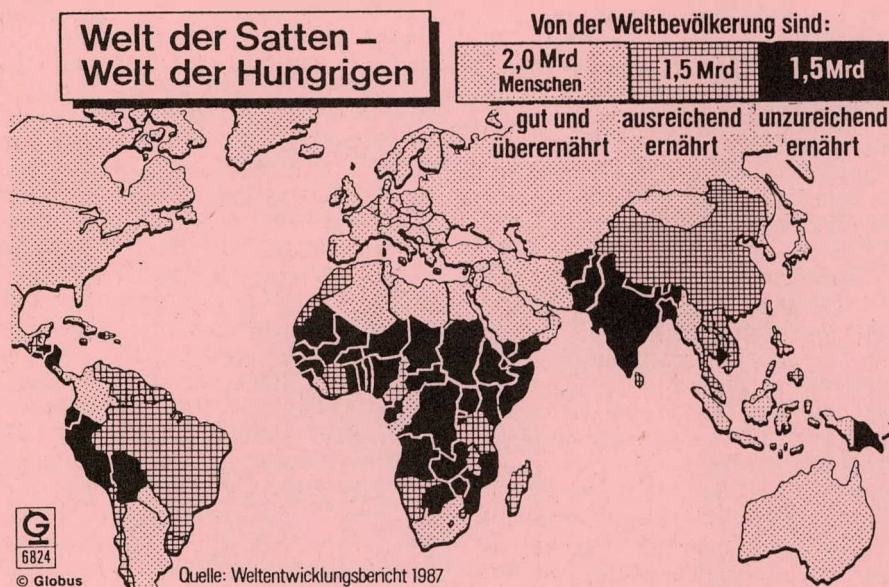
Hilfreich für die Verwirklichung ist die demographische Entwicklung in der BRD. Bereits im Jahr 1997 wird die Bundeswehr – bei einer Dienstzeit von 18 Monaten – unter den Bestand von 400 000 Soldaten sinken. Nur durch eine Verlängerung des Wehrdienstes auf 24 Monate kann der Umfang der Bundeswehr auf ca. 450 000 Soldaten gehalten werden. Es ist unerklärlich, wie eine solche Maßnahme gerechtfertigt und von der Bevölkerung akzeptiert werden soll. Die Legitimität der Bundeswehr wird verloren gehen, und die Kosten für eine derartige Maßnahme wären nicht tragbar!

Wer es mit der Abrüstung ernst meint, der sollte einen Wandel der Verteidigungsstruktur durchsetzen. Damit werden vertrauensbildende Signale gesendet, die zur Abrüstung einladen. Dies ist ein erster praktischer Schritt zu mehr Vertrauen, dem weitere folgen können und müssen. Dadurch können Reserven zur Bewältigung weiterer, wichtiger Aufgaben freigesetzt werden, wie sie eine „realistische“ weiter oben bereits beschriebene Bedrohungsanalyse offenbart. ■

* **Dr. Jürgen Hartwig**, Jg. 1951, ist Hauptmann der Reserve und Mitglied der 'Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik', Bonn.

Literaturhinweis:
Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik (Hrsg.), Strukturwandel der Verteidigung, Opladen 1984

Welt der Satten – Welt der Hungrigen



kann. Die nachweisbaren furchtbaren Folgen eines Nuklearwaffeneinsatzes, der sog. „Nukleare Winter“, lassen die Herrschenden inzwischen Furcht vor einem möglichen Einsatz dieser Waffen bekommen – sei es, daß dieser mit Absicht oder aus Versehen geschähe. Es gibt nur noch einen Ausweg aus diesem Dilemma: Die Möglichkeiten für einen Einsatz nehmen. D. h., Abrüsten von Nuklearwaffen und Ändern der Einsatzdoktrinen. Doch diese Erkenntnis mag zwar Eingang in die Köpfe gefunden haben, der Weg zur praktischen Umsetzung ist außerordentlich mühsam und nur gegen viele Widerstände zu gehen. Anstrengungen, die Republik zu unterbunkern, also den Zivilschutz zu verstärken, oder eine Käseglocke über den nordamerikanischen Kontinent zu stülpen, SDI, zeigen, wie um die Aufrechterhaltung konservativer Sicherheitspolitik gerungen wird.

Diese Verhaltensweisen und Anstrengungen entspringen einer von

Vertrauensbildende Signale setzen!

Wer es mit der Entspannung ernst meint, der muß sich auch um eine vertrauensfördernde Verteidigungsstruktur kümmern. Nuklearer Ersteinsatz und eine auf hohe Beweglichkeit durch Panzerfahrzeuge gestützte Verteidigung sind nicht gerade vertrauensfördernd. Der Umbau der Verteidigung, gestützt auf Leichtinfanterie in einer Netzstruktur, ist möglich. Bemannte oder unbemannte Flugkörper, die in das Hinterland des möglichen Gegners wirken können, müssen der Vergangenheit angehören. Ihre Existenz wirkt krisenverschärfend, fordert zum Erstschlag heraus. Eine Verteidigung der Bundesrepublik muß vorne, grenznah, stattfinden. Aber das „Netz“ muß natürlich geschützt werden. Dies erlaubt eine Reduzierung der gegenwärtig vor-

Soziale

Verteidigung

Die menschenwürdige

Alternative

Von Gernot Jochheim, Berlin *

Wie man sich wehrt,
so lebt man.

Buchtitel (1)

Die Grundidee der Sozialen Verteidigung besteht darin, daß sich eine Gesellschaft bewußt mit nichtgewaltsamen, also mit gewaltfreien Kampfmethoden sowohl einer militärischen Aggression als auch einem innenpolitischen Putsch erfolgreich widersetzen kann. Die auf Gewalt basierende militärische Verteidigung will Territorien verteidigen und unterscheidet kämpfende Soldaten von der Zivilbevölkerung, die es zu schützen gelte – Ansprüche, die aufgrund der waffentechnischen Entwicklung mittlerweile zu einem Mythos geworden sind. Territorien lassen sich mit gewaltfreien Aktionsformen zwar nicht verteidigen, sehr wohl aber gesellschaftliche, also „soziale“ Institutionen und Strukturen. Man könnte auch sagen: „die Lebensweise“. Das meint der Begriff „Soziale Verteidigung“.

Der Begriff ist das eine, die Idee als solche das andere. Und die Idee, daß man eine Gesellschaft mit nichtgewaltsamen Kampfmethoden selbst gegen militärische Gewalt verteidigen könne, ist bereits weit mehr als ein halbes Jahrhundert alt. Revolutionäre Antimilitaristen beispielsweise hatten sie in den 20er Jahren, als mit Blick auf die Russische Revolution um die Frage gestritten wurde, wie man revolutionäre Er rungenschaften gegen eine reaktionäre militärische Intervention (I) verteidigen könne. Und in den 30er Jahren gab es in den kleinen Nachbarstaaten Deutschlands entsprechende Überlegungen angesichts des aggressiven deutschen Faschismus. Selbst die radikalsten Antimilitaristen konnten nicht mehr glaubwürdig bestreiten, daß ihr Land in eine unzweideutige Verteidigungssituation kommen könnte. In den Niederlanden etwa nannte man das Konzept eines nichtmilitärischen zivilen Widerstandes „Pazifistische Volksverteidigung“. Wie kam es zu solchen kreativen Theorien?

Welche Erfahrungen und Ideen haben das Konzept geprägt?

Es gibt in der Geschichte zahlreiche Beispiele dafür, daß soziale Gruppen und ganze Völker erfolgreich zu Methoden gewaltlosen Widerstandes gegriffen haben, um sich Formen von Fremdherrschaft, reaktionären Staatsstreichen oder militärischen Überfällen zu widersetzen. Einige seien hier genannt: Der ungarische Widerstand gegen die Habsburger Herrschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zur Erlangung einer gewissen Autonomie (II); der finnische Widerstand gegen das zaristische Rußland am Anfang des 20. Jahrhunderts; der Widerstand gegen den Kappputsch 1920; der Ruhrkampf 1923; Gandhis anticolonialer Kampf (III), der Widerstand in Norwegen, Dänemark und den Niederlanden gegen die nationalsozialistischen Gleichschaltungsversuche während des 2. Weltkrieges; schließlich der Widerstand in der CSSR gegen die militärische Intervention von fünf Warschauer-Pakt-Staaten 1968.

Das gemeinsame Merkmal dieser geschichtlichen Beispiele: Der gewaltlose Widerstand entwickelte sich ohne langwierige Vorüberlegungen, ungeplant. Die Theoretiker der Sozialen Verteidigung machen angesichts der geschichtlichen Erfahrungen mit solchem spontanen zivilen Widerstand gleichsam aus der Not eine Tugend: Wenn bereits ungeplanter und häufig eher zufälliger gewaltloser Widerstand seine Erfolge hatte, dann, so argumentieren sie, besteht eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, daß geplante Widerstandshandlungen in entsprechenden Konfliktsituationen erfolgreich sein werden.

Wie könnte Soziale Verteidigung in der Praxis aussehen?

Zu den bemerkenswertesten Merkmalen des gewaltfreien Kampfes zählt die Vielfalt seiner Aktionsformen. Immer wieder sind in der Geschichte neue Aktionen „erfunden“ worden, und auch die Konflikte unserer Gegenwart bringen noch häufig neue Aktionen hervor. Die Gewaltfreiheit bietet weiten Raum für kreatives Handeln. Insoweit läßt sich in Einzelheiten kaum sagen, wie Soziale Verteidigung in einem bestimmten Konflikt aussehen könnte. Über die Grundzüge eines solchen Widerstandskampfes haben sich Theoretiker und Praktiker der Gewaltfreiheit jedoch Gedanken gemacht.



Prag am 21. August 1968: Sitzprotest gegen die Intervention

Demnach muß es die Aufgabe des Widerstandes sein, einen Angreifer – handle es sich um einen Invasoren (IV) oder Putschisten (V) – an der Kontrolle des gesellschaftlichen Lebens zu hindern. Von dieser Zielsetzung her sind die „Kampftechniken“ der Sozialen Verteidigung geprägt. Dabei lassen sich insbesondere drei Formen widerstandsorientierter gewaltfreier Verhaltensweisen unterscheiden:

Erstens – und damit ist die Grundtendenz des Widerstandes umrissen – sollen dem Angreifer Gehorsam und Zusammenarbeit verweigert werden. Diese Methode der **Nichtzusammenarbeit** zeigt sich beispielsweise in Streik- und Boykottaktionen sowie in direkten Gehorsamsverweigerungen.

Zweitens sollen die zu verteidigenden sozialen Institutionen und gesellschaftlichen Strukturen (möglichst verfassungsgemäß) in Funktion gehalten werden, um eine gegnerische Kontrolle von Wirtschaft und Gesellschaft zu erschweren, den Abbau demokratischer Rechte zu verhindern und um Schädigungen der Infrastruktur des Landes zu vermeiden. Die Theoretiker der Sozialen Verteidigung kennzeichnen diese Widerstandsformen als „**dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration**“ (VI).

Drittens sollen die Methoden der gewaltfreien direkten Aktion angewandt werden, um den Widerstand auch in öffentlichen Konfrontationen zu artikulieren. In diesem Zusammenhang wird von „**Konfrontationstaktiken**“ gesprochen.

Durch eine anhaltende Kombination solcher Widerstandshandlungen sollen für einen Angreifer die materiellen und – etwa in Hinblick auf die internationale Gesellschaft – die moralischen Kosten einer militärischen Okkupation (VII) so hoch geschraubt werden, daß für ihn letztlich ein Gewinn nicht zu erwarten ist. Diese Einschätzung wird in



... auf dem Wenzelsplatz

der Theorie der Sozialen Verteidigung jedoch noch weitergeführt, und zwar mit dieser These: Bereits die Erwartung eines langwährenden und opferbereiten gewaltfreien Widerstandes wird einen möglichen Aggressor von seinem Vorhaben abhalten. Von einer glaubwürdig angekündigten Sozialen Verteidigung würde demnach eine sogenannte „Abhaltewirkung“ (oder auch „Warnungswirkung“) ausgehen.

Einwände gegen Soziale Verteidigung auf dem Prüfstand

Selbstverständlich muß sich das Konzept der Sozialen Verteidigung an kritischen Einwänden prüfen lassen können.

1. Die Erfolglosigkeit oder der begrenzte Erfolg von gewaltlosen Aktionen in bestimmten gesellschaftlichen und geschichtlichen Situationen wird häufig als Indiz für die Untauglichkeit dieser Methode insgesamt gewertet. Dabei sind die Kritiker aber kaum bereit, diesen Maßstab gleichermaßen für die bewaffnete Konfliktaustragung gelten zu lassen, die ja – grob gesehen – lediglich zu 50 % erfolgreich ist. Wo ein Sieger ist, ist auch ein Verlierer. Und selbst auf Seiten der Gewinner sind die Folgen von kriegerischen Auseinandersetzungen wahrhaftig immer „verheerender“ geworden. Es ist also intellektuell unredlich, an ein Verteidigungskonzept auf der Grundlage gewaltfreier Aktionen höhere Erfolgsanforderungen zu stellen, als man sie realistischerweise mit der militärischen Konfliktaustragung verknüpfen darf.

2. Häufig wird gegen das Konzept der

Sozialen Verteidigung vorgebracht, gegen rücksichtslose gewaltsame Unterdrückung müsse jeder gewaltlose Widerstand zusammenbrechen. Eine solche Kritik ist mit der allgemeinen Vorstellung verbunden, daß man mit überlegenen militärischen Mitteln praktisch beliebige Ziele erreichen könne.

Die Geschichte kennt jedoch eine Fülle von Beispielen dafür, daß es auch die Anwendung vollkommen überlegener Gewaltmittel nicht vermocht hat, militärische und/oder politische Ziele durchzusetzen. Diese Feststellung gilt namentlich für den Guerillakrieg: 600 000 französische Soldaten bzw. Fremdenlegionäre waren beispielsweise im Algerienkrieg nicht in der Lage, die bewaffnete Befreiungsbewegung FLN erfolgreich zu bekämpfen; und eine halbe Million Soldaten der USA konnte den Vietkong nicht besiegen. Der Rückzug der Amerikaner aus Vietnam wurde schließlich durch die großen Demonstrationen und andere gewaltlose Protestaktionen in den USA und in Westeuropa erzwungen. Die Sowjetunion vermochte trotz des jahrelangen rücksichtslosen Kampfes in Afghanistan den militärisch völlig unterlegenen Widerstand nicht zu unterdrücken. Es gelang ihrer Regierung schon im August 1968 nicht, mit ihrer Militärmaschinerie ihre Ziele gegen den tschechischen Reformkommunismus zu erreichen – dies allerdings angesichts eines gewaltlosen Widerstandes im Lande.

Wenn also Guerillakriege auch gegen militärische Großmächte zu gewinnen sind oder zumindest nicht verloren



Prag im August 1968: Durch das Entfernen von Straßenschildern soll den Invasoren die Orientierung erschwert werden

werden, warum sollte es dann ausgeschlossen sein, daß ein Widerstand im Rahmen einer gewaltlosen Verteidigung mit seinen für einen Angreifer vielfältigen materiellen und moralischen Kosten und Belastungen erfolgreich ist?

3. Schließlich berücksichtigen viele Einwände gegen die Soziale Verteidigung in keiner Weise, daß ein Verzicht auf militärische Verteidigung, also der Abbau des Militärs, und das Entwickeln der Fähigkeit zur gewaltfreien Verteidigung in einer Gesellschaft einen Veränderungsprozeß darstellen würde, der zurecht als revolutionär bezeichnet werden könnte. Thomas Schelling, ein US-amerikanischer Konfliktforscher, meint ihn sogar mit der Entdeckung der Kernspaltung vergleichen zu können. Eine derartige Veränderung hätte für das individuelle und auch für das kollektive Bewußtsein der Menschen ebenso weitreichende Folgen wie für die internationalen Beziehungen – Folgen, die sich weniger in ihren Einzelheiten, sehr wohl aber in ihrer Tendenz beschreiben lassen. Zweifellos würden militärische Handlungen einem noch stärkeren Rechtfertigungszwang unterliegen, als dies gegenwärtig in einer hochgerüsteten Welt bereits der Fall ist. Und ebenso sicher würden sich die Menschen in den noch militärischen Gesellschaften fragen – und die würden diese Frage an die Regierenden stellen –, warum ihnen die materiellen und nichtmateriellen Kosten des Militärs überhaupt noch zugemutet werden. Es ist also nicht weit genug gedacht, die Möglichkeiten von Sozialer Verteidigung unter den in unserer Gegenwart bestehenden und vorherrschenden politischen und sozialpsychologischen Bedingungen bzw. Verhaltensweisen zu beurteilen. Soziale Verteidigung ist vielmehr Bestandteil einer gewaltärmeren Gesellschaft und ihrer Entwicklung. ■

* **Gernot Jochheim** (Dr. phil., Dipl.-Pol.) wurde 1942 geboren, lebt in Berlin (West), wo er als Lehrer und Friedensforscher arbeitet.

Anmerkungen

(I) Ulrich Hienzsch: Wie man sich wehrt, so lebt man. Brunsckappel – Ein Dorf geht nicht unter. Wetter 1985

(II) Intervention = Einmischung

(III) Autonomie = Selbständigkeit, Unabhängigkeit

(IV) antikolonial = hier: Kampf für ein unabhängiges Indien

(V) Invasoren = Eroberer, Eindringlinge

(VI) Putschisten = Umstürzler, Verschwörer

(VII) Kollaboration = Unterstützung der Besatzungsmacht gegen die eigenen Landsleute

(VIII) Okkupation = militärische Besetzung eines fremden Landes

Weiterführende Literatur

Ohne Waffen, aber nicht wehrlos. Das Konzept der Sozialen Verteidigung. Hrsg.: DIE GRÜNEN im Bundestag, Hochhaus im Tulpenfeld, 5300 Bonn 1

Gernot Jochheim: Länger leben als die die Gewalt. Der Zivilismus als Idee und Aktion. Stuttgart 1986



„DER PROZESS

IST IM GANGE“ Interview mit Prof. Dr. Theodor Ebert *

Das Gespräch führte Werner Schulz

wub: Herr Ebert, können Sie kurz beschreiben, wie Sie persönlich auf das Thema militärische Verteidigung und alternative Überlegungen dazu gestoßen sind?

Ebert: Es ging am Anfang um die Begründung der Kriegsdienstverweigerung. Im Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) wurde diskutiert, was man eigentlich antworten sollte, auf die Frage: „Was macht ihr Pazifisten denn, wenn im Falle einer einseitigen Abrüstung die Russen kommen?“ Ich versuchte dann – als Historiker, der ich ursprünglich war – die geschichtlichen Erfahrungen, die bestanden, so aufzuarbeiten, daß sie als Argumentationshilfe für KDVerdienen konnten. Und aus dieser Zusammenarbeit mit jungen interessierten KD-Vern hier in Stuttgart entstand dann eigentlich meine wissenschaftliche Tätigkeit.

wub: Heute sind Sie Professor für Politik in Berlin. Dort gibt es doch aber sicher keinen Lehrstuhl für Soziale Verteidigung (S. V.).

Ebert: Mein Hauptlehrgegenstand ist die Innenpolitik und die sozialen Bewegungen. Das bedeutet natürlich, daß ich die Aktionsformen der sozialen Bewegungen untersuchen kann, und ich mache auch regelmäßig Lehrveranstaltungen zum Thema „gewaltfreier Widerstand gegen Besatzungsregime und Staatsstriche“.

wub: Wenn sie sich so stark mit Verteidigung beschäftigen: haben Sie eigentlich Angst vor einer Bedrohung von außen? Sehen Sie diesen Staat bedroht?

Ebert: Die konkrete Frage wäre: welche Drohungen kämen auf eine BRD zu, die Schritte unternimmt in Richtung einseitige Abrüstung. Kurz gesagt: welche Bedrohungen beständen für eine BRD, die eine öko-pazifistische Wende vollziehen würde.

Ich sehe keine Bedrohung der Bundesrepublik durch die Warschauer-Pakt-Staaten. Ich sehe die Hauptprobleme eigentlich innerhalb der Bündnisse. Eine unserer wichtigsten Erfahrungen während unserer Forschungen war ja, daß wir beobachteten, daß die Bedrohungen nach dem 2. Weltkrieg weniger von außen kamen, als von innen. Wenn's in den Warschauer-Pakt-Staaten Veränderungen gab in Richtung mehr Demokratie, dann intervenierte der Große Bruder: Angefangen in der DDR 1953, Ungarn 1956, Tschechoslowakei 1968 bis zur gemäßigeren Lösung des Staatsstreiches in Polen durch Jaruzelsky.

Wir haben uns schon 1968 gefragt, was würde eigentlich passieren, wenn es innerhalb

des Westens zu einer radikalen Neuorientierung im Sinne einer neuen, ökologisch angepaßten Wirtschaftsform kommen würde? Wären wir denn dann sicher, daß es zu keiner Intervention käme? Und da waren wir uns nicht so sicher. Wir haben die Frage zugespitzt so formuliert: „Ist eigentlich unser Problem, was machen wir, wenn die Russen kommen?“ oder ist unser Problem, was machen wir, wenn die Amerikaner bleiben?“ Das klingt anti-amerikanisch. So meine ich das aber nicht. Das Problem ist einfach: Sind wir souverän genug, um eine öko-pazifistische Wende durchzuführen? Und ich meine, daß wir erhebliche Schwierigkeiten mit unseren militärischen Verbündeten bekämen.

wub: Also raus aus der NATO?

Ebert: Das Selbstverständnis der NATO läuft zunächst mal darauf hinaus, daß sie die freiheitliche Demokratie gegen Bedrohungen schützen will. Diese Grundabsicht hat ja auch der Vertreter der S. V. Wir haben also keinen Grund, demonstrativ aus der NATO auszutreten. Ich würde sagen, wir leisten zur Verteidigung der Demokratie einen gewaltfreien Beitrag. Dann könnte man zunächst mal sagen, laßt uns hoffen, daß die das begreifen. Wenn sie's nicht begreifen, dann halt ich es mit der NATO wie Alfred Mechttersheimer mit der CSU: Ich warte mal ab, ob man mich rauswirft!

wub: Gibt es bei der S. V. einen „Abschreckungseffekt“, oder wirkt sie nur, wenn der Aggressor bereits vor der Tür steht, oder sich schon im Land befindet? Ebert: Man spricht bei der S. V. von einem „Abhalteffekt“, denn man bedroht ja den anderen nicht. Heute schon gibt es militärische Großmächte, die mögliche Siege nicht erringen, weil sie mit den Besiegten nichts anfangen können. Die USA wären natürlich in der Lage, den Iran militärisch zu besiegen. Aber sie wären völlig außerstande den Iran politisch zu gestalten. Dieses Problem des „nicht beherrschten Könnens“ hat einen abhaltenden Effekt. Es genügt schon, daß eine Bevölkerung den Ruf hat, nicht regierbar zu sein, es sei denn durch sich selbst, um diesen Abhalteffekt auszuüben.

wub: Sie teilen in einem Ihrer Bücher auf zwischen „pragmatischen“ Kritikern der militärischen Verteidigungssysteme und „moralischen“ Kritikern. Jetzt habe ich bei Ihnen bisher eher die pragmatische Seite herausgehört. Gibt es für Sie persönlich da auch noch eine moralische Komponente?

Ebert: Ich möchte ausgehen von einem Kernsatz von M. L. Kings Philosophie: Ge-

walt ist nicht nur unmoralisch, sie ist auch unpraktisch. Interessant ist an dem Satz, daß er sagt, sie ist erst mal unmoralisch und dann ist sie auch unpraktisch. Also die Kritik am Unmoralischen hat die Priorität. Und dann kommt meiner Ansicht nach die pragmatische Seite zum Zug, indem man einfach nach den nachteiligen Folgen von Gewaltanwendung, auch in der Innen- und Außenpolitik, fragt.

wub: Welche nachteiligen Folgen werden denn der S. V. unterstellt? Was sind die Hauptkritikpunkte an dem Modell?

Ebert: Das am häufigsten gebrauchte Argument, auch z. B. von meinen Kollegen Sontheimer in München, ist: Man muß die Unterdrückung nur genügend weit steigern, dann bricht jeder Widerstand zusammen. Das glauben die Leute. Dies ist aber historisch so nicht zu erhärten. Es zeigte sich z. B. im 2. Weltkrieg in Polen: je extremer die Vernichtungs- und Unterdrückungsmethoden der Deutschen wurden, desto stärker wurde der Widerstand. D.h. also, es gibt Methoden der Unterdrückung und Vernichtung, die quasi dann fast jeden in den Widerstand treiben. Das war in Polen bewaffneter und unbewaffneter Widerstand. Ich verstehe das ja auch, daß man sich vor Situationen scheut, in denen man einem Bewaffneten ausgeliefert ist. Dann wünscht man sich Schutz. Dieses „beschützt werden wollen“ vor bewaffneter Bedrohung ist wahrscheinlich eine der Grundverhaltensweisen des Menschen. Man muß schon sehr viel nachdenken, um sich klar darüber zu werden, daß diese Beschützer einen möglicherweise viel stärker bedrohen, als die angeblichen Bedroher.

wub: Wenn man mal davon ausgeht, daß Politiker, die sich speziell mit der Frage der militärischen Verteidigung befassen müssen, auch etwas tiefer nachdenken: Wie beurteilen nach Ihrer Erfahrung die Militärpolitiker die S. V.?

Ebert: Bei den Offizieren habe ich die größere Bereitschaft gefunden, grundsätzlich über Alternativen nachzudenken, als bei den Politikern. Politiker denken im Grunde genommen eigentlich immer an ihre Wiederwahl. Es ist ihre erste Frage: wie steht es mit der Akzeptanz der S. V.? Es interessiert sie nicht, ob es funktioniert, sondern ob es akzeptiert wird. Wenn es akzeptiert ist, dann sind sie dafür. Die Akzeptanz-Argumentation können sie sogar noch unter den Philosophen der Politiker, wie Erhard Eppler, nachweisen. In seinem Buch über die Friedenspolitik kommt er auf S. V. zu sprechen. Er erörtert sie aber nicht inhaltlich, sondern unter dem Gesichtspunkt der Akzeptanz. Dann habe ich noch die Erfahrung gemacht, beim Hearing im Verteidigungsausschuß des Bundestages, daß die Politiker einen gewissen Zusammenhang sehen, zwischen der innenpolitischen Fähigkeit, gewaltfreie Aktionen zu führen und der S. V. Das ist auch richtig, daß es da einen Zusammenhang gibt. Je nach Basisverbundenheit der Politiker schätzen sie diese Fähigkeit der Bevölkerung, oder fürchten sie. Je mehr sie Angst haben müssen vor einer aufmüppigen Bevölkerung, desto stärker sind sie gegen S. V. Ist auch einzusehen. Wenn eine Bevölkerung weiß, wie sie sich gegen einen Staatsstreich oder eine auswärtige Aggression zur Wehr setzen kann, dann weiß sie sehr wahrscheinlich auch, wie sie sich gegen großindustrielle Projekte zur Wehr setzen soll, die sie als lebensbedrohend empfindet. Mein Freund Johann Galtung hat mir von Gesprächen mit norwegischen Offizieren berichtet, die ihm sagten: Wir bezweifeln gar nicht, daß S. V. ein machtvoll Instrument ist, aber wer garantiert uns, daß die Bevölkerung dieses Instrumentarium nur gegen auswärtige Bedrohung, nicht aber gegen die eigene Re-

gierung einsetzt? Galtung gab meiner Ansicht nach die richtige Antwort, indem er sagte: Das Verantwortungsbewußtsein und auch die Erfahrungen mit der Waffe des Streiks. In den USA wurde vor der Legalisierung des Streiks befürchtet, daß die Legalisierung zum Ende der Demokratie führen würde. Es ist aber ein Instrument, daß heute sehr verantwortungsbewußt gehandhabt wird. So verantwortungsbewußt würde meines Erachtens auch das Instrument der S. V. von der Bevölkerung gehandhabt. Aber es ist natürlich ein Instrument, das eine wache, kritische und handlungsfähige Bevölkerung zur Voraussetzung hat.

wub: Ganz konkret müssen ja kleine Schritte am Anfang stehen, um einen Prozeß in Richtung Umstellung auf S. V. in Gang zu setzen. Mich würde interessieren: Welche Schritte könnten das heute sein?

Ebert: Der Prozeß der Vorbereitung auf die S. V. ist im Gange, ohne daß sich vielleicht die Leute, die sich darauf vorbereiten, dessen bewußt sind. Wer immer Erfahrungen macht in Gruppen, die sich selbst organisieren, die Protesthandlungen oder konstruktive Aktionen organisieren, wie Flüchtlingshilfe z. B., lernt die Grundverhaltensweisen, die er auch gegen eine auswärtige Bedrohung verwenden könnte. Dieser Lernprozeß in der Bevölkerung ist doch erstaunlich gewesen in den letzten 20 Jahren. Ich würde sagen, seit dem Durchbruch der außerparlamentarische Opposition von 1967/68, über die Bürgerinitiativen und die sozialen Bewegungen, ist ein breiter Lernprozeß in Richtung Befähigung zur Selbstorganisation zustande gekommen. Was wir zusätzlich jetzt noch brauchen, ist eine Vorbereitung auf extreme Bedrohungssituationen. Es ist ein Unterschied, ob man von einem Wasserwerfer bedroht wird, oder von einer Maschinenpistole, ob man für 20 Tage in Haft muß, oder in ein Konzentrationslager. Dieses Standhalten gegenüber qualitativ unterschiedlichen Bedrohungen muß gelernt und erörtert werden. Ich habe bei dem Hearing der Grünen gesagt, sie sollen fordern, daß ein Bundesamt für zivilen Ungehorsam gebildet wird. Dahinter steht die Vorstellung, daß S. V. dann auch auf der Ebene des Staatsapparates vorbereitet werden müßte. Denn erstaunlicherweise ist ja nicht die Basisgruppe die erste, die bedroht wäre durch eine Aggression, sondern der Aggressor, wer auch immer er ist, wird versuchen, den Staatsapparat in die Hände zu bekommen, d. h. also, die entsprechenden Ministerien und Verwaltungen. Und dann müssen die dort tätigen in der Lage sein, nein zu sagen und nach den bisher geltenden Gesetzen weiter zu agieren. Darüber wird auch z. Zt. eine Doktorarbeit geschrieben, die das provozierende Thema hat: „Widerstand auf



„Der Prozeß der Vorbereitung ist im Gange“. Konzert-Blockade in Mutlangen Foto: M. Storz

Anordnung“. D. h. also, wie leistet man in einem hierarchisch gegliederten Beamtenapparat eigentlich Widerstand gegen eine Bedrohung? Das hat erstaunlicherweise beim Ruhrkampf 1923 funktioniert, ohne daß es da ein Konzept der S. V. gegeben hätte. Das ist eine wichtige Ebene, die noch durchdacht werden muß. Da gibt es enorme Widerstände bei allen Pazifisten. Sie wehren sich gegen die Vorstellung, daß Beamte Widerstand leisten könnten.

wub: Wie ist es denn mit den Kirchen? Sehen Sie spezielle Aufgaben für die Kirchen im Prozeß hin zu S. V.?

Ebert: Einer der wichtigsten Impulse zur Erforschung der S. V. ging 1983 von den amerikanischen katholischen Bischöfen aus, durch ihren Hirtenbrief zu den Atomwaffen. Dort haben sie ausführlich empfohlen S. V. zu erforschen. Die Synode der Berliner evang. Kirche hat jetzt im Mai d. J. beschlossen, daß eine Studiengruppe S. V. gebildet werden soll, die die biblische Begründung dieses Konzeptes und die Frage, unter welchen Bedingungen man das empfehlen kann, klären soll. Das soll ein Beitrag der Berliner Kirche zum konziliaren Prozeß sein. Ich finde, das ist für die Kirche eine wichtige Provokation, weil sie jetzt gezwungen werden, nochmal nachzudenken darüber, wie sie sich in ihrer Geschichte zu dem Problem der Beteiligung an militärischen Auseinandersetzungen stellten. In den ersten 100 Jahren der Kirchengeschichte wurde der Militärdienst von den Christen völlig abgelehnt. Erst ab 312 wandelte sich die Einstellung der Kirche. Hier müßte sozusagen

nachgearbeitet werden. Das Problem war, daß die ersten Christen sich wenig Gedanken über ihre Verantwortung im Staat machten, darüber, wie man eigentlich – für den Fall, daß man eine Mehrheit im Staate bildet oder sich an der Regierung beteiligt – die Vorstellungen der Bergpredigt in die Politik umsetzt. Später wurde dann die Lehre vom gerechten Krieg entwickelt und tradiert und tradiert und daran hat auch die Reformation unter Martin Luther nichts geändert. Wir stehen jetzt auch kirchlich gesehen vor einer ganz neuen Herausforderung, wie wir die Konstantinische Wende wieder rückgängig machen können. Martin Niemöller hat uns das vor 25 Jahren beim Verband der KDVer (VK) eingeschärft. Darum geht es heute. Insofern ist natürlich die S. V. auch aus kirchlicher Sicht eine ungeheuer aufregende Angelegenheit und wird in den Synoden die schärfsten Debatten auslösen. Weil jetzt das Verhältnis von Staat und Kirche neu zur Debatte steht. Die Bergpredigt muß neu erörtert werden. Hier verspreche ich mir eigentlich auch sehr viel für die Erneuerung der Kirchen, denn sie können mit dogmatischen Formeln keine Blumentöpfe gewinnen, aber die Frage der Praktikabilität von Nächstenliebe, das interessiert die Menschen.

wub: Nun sind ja unsere Leser in erster Linie im Zivildienst befindliche KDVer. Wie könnten die denn helfen, den Prozeß in Richtung S. V. in Gang zu setzen?

Ebert: 1974 habe ich zusammen mit Aktion Sühnezeichen so eine Art Modellkurs einer 4-wöchigen Grundausbildung in gewaltfreier Konfliktaustragung für ZDLs versucht. Meine Vorstellung ist, daß jeder ZDL zusätzlich zu seinen diakonischen Aufgaben, eine solche Grundausbildung in gewaltfreier Konfliktaustragung erfährt. Ich würde mir eine Form der Tätigkeit für junge Männer und auch Frauen wünschen, in der die Grundausbildung in gewaltfreier Konfliktaustragung mit diakonischer und ökologisch orientierter Arbeit verbunden ist.

wub: Herr Ebert, herzlichen Dank für dieses Gespräch. ■

* Prof. Dr. Theodor Ebert, geb. 1937 in Stuttgart, lehrt Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin. Er ist Mitglied des Vorstandes des Versöhnungsbundes e. V. und Schriftleiter von „Gewaltfreier Aktion. Vierteljahresshefte für Frieden und Gerechtigkeit“. Von 1973 – 1985 Mitglied der Synode der EKD. Seit 1985 Mitglied der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Berlin-West). Veröffentlichungen: Gewaltfreier Aufstand (1968), Soziale Verteidigung, 2 Bde. (1981), Ziviler Ungehorsam (1984)



Prag am 21. August 1969: Am Jahrestag der Intervention protestieren die Menschen, indem sie keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen

THEMA

ANDERS VERTEIDIGEN

**Auf einem Bundeswehr-
Munitionsdepot sozial
verteidigen**

Soziale

Verteidigung:

**Realität, Friedens-
utopie, Revolution?**

Reportage einer Rüstzeit

Von ZDL Jürgen Fleischer, Karlsruhe

In der Regel sind Zivildienstleistende billige Arbeitskräfte, die dort einspringen, wo Not am Mann ist. Einen Friedensdienst, wie er zum Beispiel von der Kirche propagiert wird, gibt es meist nur im Wunschdenken idealistischer Zivis. Eine Möglichkeit, mit anderen Kriegsdienstverweigerern über Friedensthemen, Abrüstung oder gewaltfreien Widerstand zu diskutieren und Friedensutopien zu spinnen, bieten unter anderem die Rüstzeiten der evangelischen und katholischen Kirche. Eine solche Rüstzeit – zum Thema „Soziale Verteidigung“ (S.V.) – fand in Neckarzimmern statt.

Der Bundeskanzler ist sprachlos. Nachdem sich die Lage im Krisenherd „Dritte Welt“ immer mehr zugespitzt hat und ein Krieg um Rohstoffquellen entbrannt ist, hat ein Aggressor einen Teil des Territoriums der Bundesrepublik besetzt. Über die Stadt Tübingen wurde der Ausnahmezustand verhängt. Ein in der Nähe liegender Militär-Flughafen ist ein strategisch wichtiger Stützpunkt für den Krieg in der Dritten Welt. Beide Großmächte mobilisieren ihre Truppen. Die Weltöffentlichkeit hält den Atem an...

Dann ist Mittagspause. Militärs und Bevölkerung diskutieren während des Essens über weitere Schritte. Der Friede wird aber auch nach der Mahlzeit weitergehen, denn es handelt sich – Gott sei Dank – nur um ein Planspiel zur S.V. Die fiktive Szenenvorgabe sollte dazu dienen, daß die Zivis ihr erworbenes theoretisches Wissen über die gewaltfreie Widerstandsform in die – wenn auch zum Glück nur gespielte – Realität umsetzen konnten. Eine Gruppe von ZDLs „spielte“ Militärs, die andere die gewaltfrei Widerstand leistende Bevölkerung, die dritte imitierte Stimmen aus der gespaltenen Weltöffentlichkeit. Ziel des Planspiels war, dem Aggressor gewaltfrei Widerstand zu leisten.



Foto: M. Storz

**Funktioniert Soziale
Verteidigung?**

Viele sind skeptisch. Den Militärs ist die Sache nicht geheuer, sie vertrauen einer Politik der atomaren Abschreckung. Auch mancher KDVer bleibt skeptisch. In Zusammenhang mit der S.V. fallen oft die Bezeichnungen „unrealistisch“, „utopisch“, „ein Friedensmärchen pazifistischer Tagträumer“.

Doch es gibt historische Beispiele, die zeigen, daß gewaltfreier Widerstand auch im Kriegsfall durchaus ein geeignetes Mittel sein kann. Nehmen wir Beispiele aus der Geschichte der Bundesrepublik. (Siehe auch S. 14/15)

Im Ruhkampf 1923 leistete die deutsche Bevölkerung erfolgreich gewaltlosen Widerstand gegen französische Truppen, die das Ruhrgebiet aus wirtschaftlichen Interessen besetzt hatten. Beim Kapp-Putsch in der Weimarer Republik setzten sich die Bürger gegen die Wehrmacht, die die Gewalt an sich gerissen hatte, durch – gewaltlos, aber erfolgreich.

Als deutsche Truppen im zweiten Weltkrieg Dänemark besetzten, verweigerten die Dänen die Zusammenarbeit mit der fremden Besatzungsmacht.

Die hier genannten Beispiele waren spontane Aktionen der Bevölkerung. Sie waren nicht organisiert, die Bürger des Landes waren nicht auf S.V. eingestellt.

**Soziale Verteidigung –
eine Revolution?**

Auch unter den Zivis in Neckarzimmern gab es Diskussionen über die Durchführbarkeit der S.V. Zweifel wurden laut, ob denn eine ganze Bevölkerung innerhalb kürzester Zeit zu einer gewaltfreien Aktion zu bewegen sei. Auch Veränderungen innerhalb der bestehenden Gesellschaft seien für eine wirkungsvolle Durchführung vonnöten: eine basisdemokratische Gesellschaft, eine Dezentralisierung der Wirtschaft, eine Erweiterung des Wertesystems und des Bewußtsein des einzelnen, bis hin zu mehr sozialer und politischer Verantwortung.

Also S.V. als Revolution? Bestimmt nicht, denn die Änderung des Bewußtseins des einzelnen erfolgt Schritt für Schritt. Die Ökologie- und Friedensbewegung haben durch gewaltfreie Aktionen schon mit der Einübung der S.V. begonnen. Ein erster Schritt ist getan – viele weitere müßten noch folgen. Die Realität wird noch oft zu Ernüchterungen führen.

Zurückgeholt auf den harten Boden der Realität wurden auch die Teilnehmer an der Rüstzeit – des öftern und ziemlich abrupt. Unter der Tagungsstätte befand sich ein unterirdisches Munitionslager der Bundeswehr. Tief fliegende BW-Düsenjäger unterbrachen gelegentlich schon einmal eine Diskussion über Frieden ohne Waffen... ■

wub Nr. 3/87 „Seht welch ein Mensch“,
Leserbericht von ZDL Detlef Eigenbrodt

Detlef Eigenbrodt schreibt in seinem Leserbericht von einer „außerordentlichen Predigt“ von Dr. Allan Boesak. Außerordentlich war auch, was sich vor dieser Predigt ereignete. Wie es um die vielbeschworene Friedensliebe, die Suche nach der Gleichheit aller Menschen u.ä. im Verständnis seiner Anhänger aussieht (dies alles sollte nicht nur in Südafrika, sondern vielmehr hier bei uns gelebt und praktiziert werden), mag folgender Bericht verdeutlichen.

Ich war als Helfer des VCP (Verband christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder) im Innengelände des Stadions vor, während und nach dem Gottesdienst zur Behindertenbetreuung eingesetzt. Wir sollten v. a. Rollstuhlfahrer/innen vom Marathontor aus (dem einzigen Zugang für Behinderte in das Innengelände des Frankfurter Waldstadions) bis vor die Bühne begleiten und zusätzlich dafür sorgen, daß zwischen Rollis und Bühne Fluchtwege freibleiben.

Ca. eine halbe Stunde vor Beginn des Gottesdienstes war der vordere Teil des Innengeländes bereits hoffnungslos überfüllt. Es wurde beschlossen, durch das Marathontor nur noch Behinderte einzulassen. Wir schlossen das Tor und versuchten Nichtbehinderten die Situation klarzumachen. Viele aber, die vorher schon einmal drin oder „nur kurz auf der Toilette“ waren, wollten dies nicht akzeptieren. Es spielten sich unbeschreibliche Szenen ab. Statt unseren Empfehlungen zu folgen und den hinteren Zugang zum Innengelände zu nutzen, versuchten viele, unter Anwendung von Gewalt, hineinzukommen. Was wir an diesem Tag ungefähr tausendmal hörten, war: „Ich bin doch nur einer, darauf kommt es doch nicht an.“ Erst nachdem sich Polizeibeamte am Tor aufbauten, beruhigte sich die „Christenschar“ einigermaßen. An ein Durchkommen mit Behinderten war schon lange nicht mehr zu denken.

Ich hatte auch Tränen in den Augen, wie Detlef, aber nicht vor Rührung, sondern vor Wut. Diese Intoleranz von sogenannten „Christen“ zeigt mir, daß viele an Themen mit Freude theoretisch herangehen, bei denen es sich gut reden läßt, aber Praxis nicht gefragt ist. Bei den kleinen Schritten, die für einen wirklichen Frieden unerlässlich sind, versagen viele.

Der Blick für das, was wirklich zählt und machbar ist, fehlt.

Sind Schwarze mehr wert als Behinderte?

In Wut!

Hinrich Voß, Eschborn

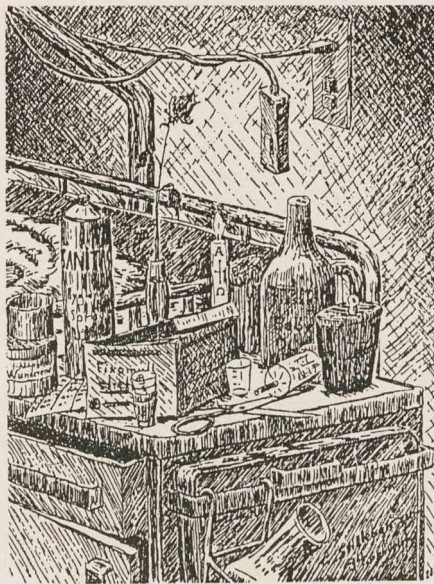
Betr.: Mini-Umfrage

In einer Zeitschrift wie wub finde ich eine Mini-Umfrage peinlich. Die Fragen sind zwar besser als in der IWZ oder ähnlichen Zeitschriften, aber die Antworten leider nicht. Fast alle Befragten nehmen nicht eindeutig Stellung, sondern beantworten die Fragen mit ja und nein. Daher ist eine Mini-Umfrage in diesem Stil nutzlos. Da ist eine Gegenüberstellung von Pro und Con-

tra wesentlich interessanter. Zudem verwenden viele Klatschblätter eine Mini-Umfrage, um ihre Verkaufszahlen zu steigern, und so einem primitiven, kommerziellen Abklatsch darf wub nicht verfallen.

Hansjörg Rapp, Stuttgart

Zeichnung: Peter Haury, Lauffen
Zivildienst-Stilleben



Was wub-Leser sonst noch zu sagen hatten:

Zum Lösungsspruch des Preisrätsels (Gewaltfrei leben lernen)

– Ein sehr gutes Motto. Es ist jedoch sehr schwer einzulösen angesichts einer Welt, in der der Unfrieden bereits vor der eigenen Haustür anfängt. Umso wichtiger ist es, sich über eine gute Friedenserziehung Gedanken zu machen! Schade, daß Eure Artikel darüber nur einem begrenzten Publikum zugänglich sind!

Christoph, Mainz

– ist für uns Menschen und für die Schöpfung absolut wichtig und notwendig, aber wahnsinnig schwer! Euch und uns Zivis dazu Gottes Segen.

Andreas, Wuppertal

– Gewaltfreies Handeln fängt schon im Alltag an.

Hartmut, Gundelfingen

– Als langjähriger Leser gratuliere ich wub herzlich zum Layout und besonders zum Inhalt, der durchaus dem Lösungswort entspricht!

Jürgen, Ittlingen

Außerdem

– Höhepunkt in einem wieder sehr gelungenen Heft: die „bissige“ Bemerkung über die Tötungshemmung bei Hunden. Hoffentlich fühlt sich da jemand auf den Schwanz getreten.

Helmut, Harburg

– Das Rätsel wirkt etwas amateurhaft – das letzte war besser!

Marco, Siegen

– Ein Lob für wub! Sogar das Kreuzwörterrätsel ist interessanter als in anderen Zeitschriften.

Ulrich, Waiblingen

– Könntet Ihr mal statistische Angaben machen über KDV + ZDLs? Ansonsten weiter so!

Heiko, Walldürn

Kennwort:

Zivis suchen Zivis

Seit Monaten existiert im Raum Backnang und Murrhardt nach Jahren der Agonie nun eine Anlaufstelle für ZDLs und KDVer aus der Gegend. Alles schön und gut, doch würden wir uns freuen, wenn sich ZDLs aus dieser Region melden würden, die Lust hätten, bei uns mitzumachen. Wir verstehen uns als Beratungsstelle und Treffpunkt und möchten neben Diskussionsabenden auch Filme, Feten, Konzerte etc. anbieten. Leider stießen unsere ersten Treffen nicht auf großartige Resonanz und so beginnen wir schon an uns zu zweifeln. Also Leute, laßt uns nicht im Stich, schreibt uns, ruft uns an, ob ihr uns nötig findet wie 'nen Kropf oder ob eine solche Initiative tatsächlich wichtig ist. Kontaktadresse ist:

Uwe Friedrich
Lutherweg 2
7150 Backnang
Tel.: 0 71 91/15 60

Zu deutschen Nachbarn

Impressionen einer Reise



Von ZDL Christian Härtel, Schluchsee-Dresselbach

Fotos: Chr. Härtel Dresden, Prager Straße

Frankfurt am Main Hauptbahnhof, ich besteige den Zug nach Leipzig auf dem Weg zu Verwandten. Wie immer bin ich beladen mit Gastgeschenken und Gedanken – was wird mich erwarten? Es ist keine Reise in den Urlaub. Es ist eine Reise hin zur Konfrontation mit dem politischen Problemen der Gegenwart.

Im Zug Rentner, unterwegs zum Besuch von Freunden und Verwandten, andere auf Heimreise von einem Aufenthalt in der Bundesrepublik. Diesmal auch überraschend viele junge Leute, oft zum ersten Mal in einem westlichen Land, voll neuer Eindrücke, nun auf dem Weg zurück zu ihren Familien, denn Ledige dürfen kaum reisen.

Im Abteil wird gelesen. Ein Gespräch über Literatur entwickelt sich: „... Klaus Mann, Mephisto?“ – „Ja, habe ich gelesen“ ... „läuft jetzt in Leipzig als Theaterstück an...“ Und ich bin froh, erleichtert, daß uns noch mehr verbindet als das Gerede der Politiker von zwischenmenschlichen Erleichterungen und die Hirngespinnste der „Wiedervereinigungsgläubigen“.

So passieren wir die Grenze. Die fünfundvierzigminütige Kontrolle verläuft reibungslos, der deutsche Perfektionismus sorgt dafür. Eine Angestellte der Staatsbank der DDR kommt den Gang entlang: „Gedenkmünzen zur 750-Jahrfeier in Berlin gefällig?“ – „Nein danke“, ich mußte ja bereits Visagebühren und Mindestumtausch, alles in allem 190 DM für sieben Tage, entrichten. (Daß für die meisten die 750-Jahrfeier ein rotes Tuch ist, werde ich später noch öfter zu hören bekom-

men. So sind beispielsweise Bauarbeiter aus der ganzen Republik dorthin abgezogen, an anderen Orten bleibt die Arbeit liegen...) Endlich geht's weiter, ich halte den Kopf aus dem Zugfenster, mir schlägt Braunkohlegeruch entgegen, ich bin da!

Deutsche Fragen.

Am Ziel angekommen gleich hin zu einem Polterabend. – Erste Probleme, Mahnungen zur Vorsicht: „... Hier sind

Genossen (Parteimitglieder) da, ... laß dich in kein Gespräch verwickeln... Wenn man dich fragt, wir kennen uns vom Urlaub an der Ostsee...“ Ich respektiere die Bitten meines Freundes, wer weiterkommen will, muß sich arrangieren, täte ich es nicht auch? Rechte Feststimmung will bei mir nicht aufkommen. – Warum ist das alles so schwierig? Weshalb sind wir alle so mißtrauisch? Dabei sitzen wir doch alle im selben Boot der uns bedrohenden Hochrüstung und der sich abzeichnenden Umweltkatastrophe.

In vielen Gesprächen zeigt sich, wie hoffnungsvoll man auf die Abrüstungsangebote von Gorbatschow blickt. Ist Tauwetter in Sicht? Darauf Fragen an mich: Warum gehen eure Politiker nicht sofort darauf ein? Was soll ich sagen? Kann ich doch selber nicht verstehen, weshalb wir tausendfachen Tod horten und einsatzbereit halten.

Meine Kriegsdienstverweigerung wird allgemein sehr positiv aufgenommen, ich erhalte Zustimmung. Erstaunen allein über die Zahl der KDVer in der BRD. „So viele?“ In der DDR gibt es den waffenlosen Dienst in der NVA (Nationale Volksarmee). Nur wenige nehmen ihn auf sich, es erwartet sie äußerster Drill, Karrierepläne braucht hier keiner zu hegen. Frage an mich selber: Würde ich zur Spatentruppe gehen?

An den Tagen darauf weitere Besuche. Wir reden viel, vor allem über uns und unsere Situation. „... Ja, wenn auch wir dich mal besuchen könnten – einfach so...“ „Ja, wenn...“ Und immer wieder Fragen, Vergleiche: „So ist



Königsschloß Dresden

das hier, wie ist das bei euch?“ Dies alles ist aber kein überflüssiges Gerede. Was wissen wir denn schon voneinander? „Kennzeichen D“ allein genügt sicher nicht. Umgekehrt das gleiche Dilemma, denn wie realistisch kann ein Bild sein, das nur durch unsere Fernsehanstalten vermittelt wird?

Deutsche Probleme.

Ein Problem wie Umweltschutz z. B. ist hier noch kein Thema. Die Volkswirtschaft kämpft mit anderen Schwierigkeiten. Wo soll da noch Finanzkraft für zusätzliche Investitionen sein? Das öffentliche Bewußtsein ist so mit dem täglichen „Organisieren“ beschäftigt, daß für solche Themenkreise kein Freiraum bleibt. Der für uns zum Damoklesschwert gewordene Konsumrausch hatte hier noch keine Gelegenheit zur Ausuferung. Man weiß sich noch selbst zu helfen, kann noch improvisieren, Recycling ist ökonomische Notwendigkeit. So fehlt beispielsweise die wirtschaftliche Grundlage, um die Anzahl der Kraftfahrzeuge ins Uferlose wachsen zu lassen.

Unmöglich alle Eindrücke und Informationen zu verarbeiten, meine Tage hier sind ausgefüllt. Man tauscht Erlebnisse, Erfahrungen aus. Mein Freund zeigt mir die Filme von seinem letzten SU-Aufenthalt. Reisen ist hier keine Selbstverständlichkeit. Selbst für Fahrten ins befreundete östliche Ausland muß ein Visum beantragt werden. Seit Solidarność ist Polen tabu. Was noch problemlos geht, ohne Visum, ist die Tschechoslowakei.

Immer wieder hält man mir vor wie gut es wäre, seine Meinung frei äußern zu können. Werden öffentliche Diskussionen, eine freiere Presse, etwas Pluralismus vielleicht bald Realität? Viele erhoffen es, man blickt erwartungsvoll auf Gorbatschows Reformkurs. Was wird sich ändern?



Dresden, Prager Straße

Deutsche Vergleiche.

Allein, es gibt auch Dinge, die in „diesem unserem Lande“ allzugern übersehen werden; beispielhaft sind viele Sozialleistungen. So verwundert es uns, in Anbetracht der hiesigen Ausbildungsförderungspolitik, wenn in der DDR bereits Schüler der Erweiterten Oberschulen (= Oberstufe, 11. und 12. Klasse) ansehnliche Stipendien erhalten und das ungeachtet der Einkommenssituation der Eltern. So sind auch die Anteile der Studenten aus Arbeiterfamilien eher im richtigen Verhältnis zum Anteil der Arbeiter an der Zahl der Erwerbstätigen überhaupt. Frauen haben sich tatsächlich auf viel breiterer Basis im Berufsleben etabliert als hierzulande. Frauen, die nicht berufstätig sind, bilden die Ausnahme. Natürlich sind auch dementsprechend Einrichtungen vorhanden, in denen bereits Kleinkinder nach Ende des einjährigen Mutterschaftsurlaubes ganztägig betreut wer-

den, und die somit der Mutter die weitere Teilnahme am Berufsleben ermöglichen.

Mir wiederum bleibt kaum Zeit zur Besinnung. Schon sitze ich im Zug, unterwegs zu einem anderen Ort. Die Fahrt führt mich vorbei an einem sowjetischen Militärtransport, und ich muß an die Politiker denken, die mit warnenden Gesten von der Überlegenheit des Ostblocks im konventionellen Bereich sprechen, um atomare Abrüstung unmöglich zu machen. Mir fällt mein Freund ein, der über diese Ängste lächelt und mit einem Augenzwinkern von tausend technischen Pannen und Unzulänglichkeiten erzählt. Wie dem auch sei, das Raketen- und Panzerzählen wird uns dem Frieden niemals näher bringen!

Deutsche Verständigung.

Am nächsten Abend schon sitze ich in einer Veranstaltung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, ein Filmabend zum Jubiläum: Elem Klimows neues Werk „Geh und Sieh“. Mir bleibt zeitweise fast das Herz stehen, so eindrücklich wird hier der Krieg in seiner ganzen Sinnlosigkeit gebrandmarkt. „Platoon“ erscheint dagegen wie ein verfilmter 3-Groschen-Roman. Vor mir ausgebreitet ein Stück Weltgeschichte: Rußlandfeldzug, 2. Weltkrieg. Der Kampf der Partisanen und die Leiden der Zivilbevölkerung unter den deutschen Besatzern werden am Beispiel eines zwölfjährigen Knaben verdeutlicht.

Mein Nachbar im Kino zeigt sich erstaunt über die Art und Weise, in der die Partisanen gezeigt werden. Ihr Aussehen gleicht oft dem des Ritters von der traurigen Gestalt, ihr Verhalten ist allzu menschlich. Nichts ist zu sehen von dem bisher gepflegten Image des wie aus Stahl geschmiedeten Freiheitskämpfers ohne Furcht und Tadel. Also auch hier ein Stück Glasnost?

Tief bewegt verlassen mein Freund und ich den Veranstaltungsort. Unter diesem letzten Eindruck trete ich meine Heimreise an. Was bleibt, sind Fragen. Warum nur errichtet man Mauern zwischen Menschen?

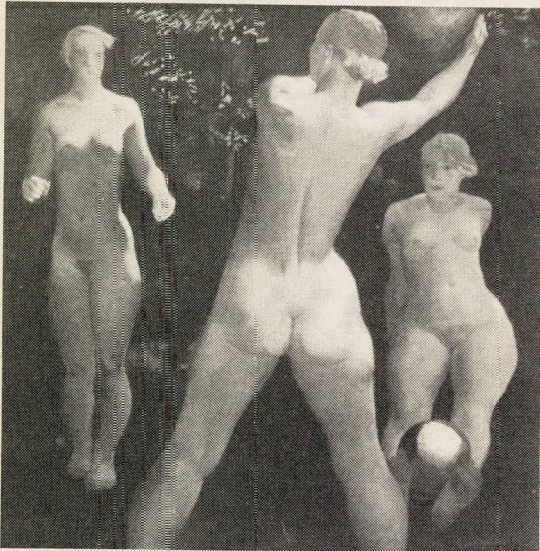
Was auch bleibt, ist die Gewißheit, daß nur ein pazifistischer Weg, ein Weg des Gewaltverzichts für uns alle in eine Zukunft führen kann. Konflikte sind nicht zu verschweigen, sie sind friedlich, gewaltfrei zu überwinden.

Ein letztes Erlebnis auf der Heimreise: Den Grenzzaun passierend, kaue ich mit Genuß eine thüringische Bratwurst, die mir mein Gegenüber im Abteil, ein Handwerksmeister aus Sachsen, laut ihre Vorzüge preisend, anbot. So einfach also ist deutsch-deutsche Verständigung... ■



Jahrmakrt in einem kleinen Ort im Spreewald

Künstler sehen Frieden...



Alexander Deineka, „Ballspiel“, 1932

Vier Jahre Haft für griechischen KDVer

Am 14.10.87 ist in Griechenland erstmals ein KDVer verurteilt worden, der den Militärdienst nicht aus religiösen Gründen, sondern aus politischer Überzeugung verweigert hat. Ein Militärgericht der nordgriechischen Stadt Kavala hat den 30jährigen Michalis Maragakis für vier Jahre ins Gefängnis geschickt. Der Pazifist, der als Kunsthandwerkslehrer für Analphabeten auf der Insel Levkas arbeitete, war nach Informationen von amnesty international zum 6. Dezember 1986 zum Militärdienst einberufen worden, nachdem er bis dahin aus gesundheitlichen Gründen zurückgestellt worden war. Statt sich zum Dienst einzufinden, startete er eine Informationsreise durch Griechenland und stellte in aller Öffentlichkeit die Gründe seiner Verweigerung dar: „Von zwei Rivalen gewinnt derjenige, der den Krieg meidet.“ Am 11. März dieses Jahres wurde er dann zum erstenmal verhaftet. Nach seiner vorübergehenden Freilassung Anfang August sollte er sich wenigstens zur Ableistung des unbewaffneten Militärdienstes melden. So nennt die griechische Regierung den einzig möglichen „Ersatzdienst“, der u. a. auch von amnesty international nicht als Zivildienst anerkannt wird, weil er innerhalb des Militärapparates stattfindet und zudem doppelt so lange wie der normale Militärdienst dauert. Maragakis verweigerte als Pazifist auch den angebotenen Militärdienst ohne Waffe und ist erneut inhaftiert worden. Seine politisch begründete Verweigerung hat in Griechen-

land ein enormes Echo ausgelöst. Seit seiner Verhaftung im März d. J. erreichten 55 000 unterstützende Briefe die griechische Regierung. Inzwischen hat die Frau des Ministerpräsidenten Papandreou angekündigt, daß die griechische Regierung die Einführung eines alternativen Ersatzdienstes erwäge. Zur Zeit befinden sich nach Angaben von ai rund 300 Zeugen Jehovas in Haft, die den Militärdienst aus religiösen Gründen verweigert haben. (taz/ami)

Privatfunkkooperation mit der Bundeswehr?

Die kommerzielle Münchner Hörfunkgesellschaft „Amperwelle“ will beim geplanten landesweiten Privatradio im Freistaat ein Jugendmagazin in Kooperation mit dem Bundesverteidigungsministerium veranstalten. Dies bestätigte auf Anfrage der CSU-Bundestagsabgeordnete Eicke Götz, einer der maßgeblichen Gesellschafter der „Amperwelle“, die am Bayernradio beteiligt werden soll. Nach Angaben von Götz – er ist Ersatzmitglied im Verteidigungsausschuß – gibt es einen entsprechenden Schriftverkehr mit dem Verteidigungsministerium, das bereits seine Kooperationsbereitschaft signalisiert habe. Die „Amperwelle“ wolle in ihrer Programmgestaltung auch Angebote für die Zivildienstleistenden miteinbeziehen, erklärte Götz, weil auch sie „ein gesellschaftlicher Kreis“ seien, „der seine Pflicht für das Vaterland leistet“. Man wolle „versuchen“, Informationen für diese Personengruppe „in einem ausgewogenen Verhältnis mitaufzunehmen“. (epd)

Pax Christi gegen Waffendienst von Frauen

Frankfurt. Der Beschluß des FDP-Parteitag, Frauen zum Dienst in der Bundeswehr zuzulassen, ist von der deutschen Sektion der katholischen Friedensbewegung Pax Christi scharf kritisiert worden. Der Waffendienst von Frauen verstoße gegen das Grundgesetz und sei kein Zeichen von Emanzipation und Gleichberechtigung, sondern ein Zeichen von Militarismus, heißt es in einer am 7. September in Frankfurt veröffentlichten Erklärung. Weiter wird gefragt, ob sich die FDP bewußt sei, daß sie diejenigen bestärke, die an einer Militarisation der Gesellschaft arbeiteten. (epd)

ZDLs erreichen Straßenumbenennung

Vor einem Jahr wurde in Buchholz bei Hamburg eine neue Zivildienstschule ihrem Betrieb übergeben. Die frühere Bundesbahnschule liegt an der Straße, die immer noch nach dem Reichsbahndirektor und Nazi-Minister Julius Dörpmüller benannt war. Der alte Namensgeber war seit 1922 Direktor der Reichsbahn und seit 1934 Verantwortlicher für den Bau der kriegswichtigen Reichsautobahnen. 42 Jahre nach dem Ende des Faschismus erwirkten die ZDLs nun eine würdige Namensgebung. Hermann Stöhr, der neue Namensgeber, war zeitweiliger Christ und Pazifist. 1939 verweigerte er den Kriegsdienst und leistete der Einberufung keine Folge. Am 21.6.40 wurde er deshalb hingerichtet. Er steht damit für die mindestens 30 000 Hingerichteten und standrechtlich Erschossenen, die auch in der Zeit des letzten Krieges ihrer pazifistischen Überzeugung treu blieben. (DFG/VK, 4/3)

Wohlfahrtsverbände gegen Mittel-Kürzung

Bonn. „Unlösbaren finanziellen Schwierigkeiten“ sehen sich die freien Wohlfahrtsverbände nach der Halbierung der Aufwandszuschüsse des Bundes für die Beschäftigungsstellen im Zivildienst gegenüber. „Das bewährte Partnerschaftsverhältnis zwischen dem Bund und den freien Trägern“ werde durch die Mittel-Kürzung „empfindlich berührt“, kritisieren die Wohlfahrtsverbände in einer am 23. September veröffentlichten Erklärung in Bonn. Nach der plötzlichen Kürzung um 50 Prozent bestehe für sie keine Möglichkeit mehr, die ausgefallenen Mittel zu ersetzen. Zudem sollten neu geschaffene Zivildienstplätze überhaupt nicht mehr gefördert und die für 1987 fälligen Zuschüsse erst im nächsten Jahr ausgezahlt werden. Dadurch werde die Situation noch verschärft. (epd)

Ehemaligentreffen für ZDLs Zur Nachahmung empfohlen!

Ein Ehemaligentreffen gab es vor kurzem im Evangelischen Jugendhaus Konstanz. Anlässlich des 10jährigen Bestehens des Hauses waren alle ZDLs, die in ihm seit 1977 gearbeitet haben, von ihrer ehemaligen Dienststelle eingeladen worden. Besonders interessant war dabei, die Erfahrungen unter verschiedenen Zivi-Generationen auszutauschen; nicht nur was die Arbeit an der Dienststelle betraf, sondern auch alles, was die Verweigerung insgesamt anging. Die dadurch deutlich werdende geschichtliche Entwicklung des Zivildienstes war ebenso aufschlußreich wie die vielen individuellen Erfahrungen. Vielleicht könnte dieser Erfolg auch für andere Dienststellen einmal Anlaß sein, ihrerseits ein solches Treffen zu veranstalten.

... und Krieg

Willi Geiger, „Der Generalstab“, 1947



Bilder der Ausstellung „Schrecken und Hoffnung“ (siehe dazu S. 3)

Grundsätzliche Voraussetzungen

Die Frage der Nebentätigkeit von ZDLs während des gesamten Zivildienstes wird im §33 des Zivildienstgesetzes geregelt. Dort steht:

„(1) Nebentätigkeit

Der Dienstleistende bedarf zur Ausübung einer Nebentätigkeit der Genehmigung; diese darf nur versagt werden, wenn die Nebentätigkeit die Dienstleistung gefährdet oder den dienstlichen Erfordernissen zuwiderläuft.

(2) Keiner Genehmigung bedarf die Verwaltung eigenen oder der eigenen Nutznießung unterliegenden Vermögens sowie eine schriftstellerische, wissenschaftliche, künstlerische Vortragstätigkeit. Diese Tätigkeiten können untersagt werden, soweit sie die Dienstleistung gefährden oder den dienstlichen Erfordernissen zuwiderlaufen.“

Aufgrund dieser gesetzlichen Bestimmungen ist jede Nebentätigkeit über den Dienstweg der zuständigen Verwaltungsstelle anzuzeigen. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Nebentätigkeit im Sinne des Gesetzes genehmigungspflichtig ist oder nicht. „Keine Nebentätigkeit im Sinne der Vorschrift (§33 ZDG) ist eine einmalige kurzfristige Gelegenheitsarbeit.“ (Harrer/Haberland, Seite 217)

Grundsätzlich, d. h. unabhängig davon, ob nur Anzeige- oder auch Genehmigungspflicht besteht, muß der ZDL die Einnahmen aus seiner Nebentätigkeit der zuständigen Unterhaltssicherungsbehörde anzeigen (USG §20 Abs. 1 Satz 2), wenn er oder seine Angehörigen Leitungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz erhalten. Liegt eine genehmigungspflichtige Nebentätigkeit vor, dann wird die Unterhaltssicherungsbehörde von der zuständigen Verwaltungsstelle bzw. dem Bundesamt über die Genehmigung der Nebentätigkeit unterrichtet (§21 Abs. 4 USG und UVA-RL 87, Ziffer 7.5.5).

Bei Unfällen bei der Ausübung einer Nebentätigkeit besteht für gesundheitliche Schäden kein Versorgungsanspruch nach §47 ZDG. Deshalb sollten die ZDLs auf ihre Kosten für eine, diese Ansprüche abdeckende private „Unfallversicherung“ sorgen bzw. sich bei einer entgeltlichen Nebentätigkeit vom „Arbeitgeber“ entsprechend versichern lassen.

„Eine Nebentätigkeit des Dienstleistenden in seiner Beschäftigungsstelle ist nicht zulässig.“ (Leitfaden B 6 Ziffer 2.) Als Begründung dafür nennt der Standardkommentar die Abgrenzungproblematik zwischen „Dienst- und Freizeit“, also die Frage, ob arbeitsrechtliche oder zivildienstrechtliche Grundsätze gelten. (Harrer/Haberland, Seite 217) Eine Besonderheit stellt die Aufnahme eines Studiums bzw. einer Berufstätigkeit im Resturlaub am Ende der Dienstzeit dar. In Anlehnung an die Bestimmungen des Bundesamtes bei Anträgen auf Sonderurlaub unter Wegfall der Geld- und Sachbezüge, (vgl. dazu wub 3/87, S. 23) kann davon ausgegangen werden, daß keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses/Studiums im „Resturlaub“ am Ende der Zivildienstzeit bestehen. Allerdings muß auch hier der Arbeitgeber oder, bei der Aufnahme eines Studiums, der ZDL für einen ausreichenden Sozialversicherungsschutz (einschl. Krankenversicherung) sorgen. Durch die Inanspruchnahme des Erholungsurlaubs für eine Nebentätigkeit im o. g. Sinne, wird das Zivildienstverhältnis faktisch beendet.

NEBENTÄTIGKEIT

Auch unentgeltliche

Tätigkeiten müssen

„angezeigt“ und oft sogar

genehmigt werden!

Vom Tellerwäscher zum Kino-Kassierer – das ist nicht der Verlauf einer neuen Traumkarriere, das ist ZDL Martins „Aufstieg“, immer wieder samstags. Martin hat eine sogenannte Nebentätigkeit. Sonntag abend verkauft er die letzten Karten für „Woody Allen“ samt Gummibärchen und Studentenfutter, am Montag spült er als Zivi wieder die Reste der Studentenmenüs in der Mensa vom Blech. Wie Martin, so arbeiten viele ZDLs wg. „Kohle“ in der Freizeit. Aber wer übernimmt da den Versicherungsschutz? Und wie ist das, wenn man nach Dienstschaft unentgeltlich tätig ist, als Trainer z. B. im Sportverein oder als Chorleiter in der Gemeinde? Muß man sowas melden? Kann die Dienststelle eine Genehmigung versagen?

A. Nebentätigkeit ohne

Genehmigungspflicht

Wie der oben zitierte §33 Abs. 2 ZDG bestimmt, bedürfen die Verwaltung eigenen Vermögens sowie kulturelle und wissenschaftliche Tätigkeiten keiner Genehmigung. Gleiches gilt auch für den „gelegentlichen Besuch z. B. einer bestimmten Lehrveranstaltung, einer Abendschule, einer Volkshochschule im Rahmen der Freizeit“. (Harrer/Haberland, S. 217)

Die „Anzeigespflicht“ dafür ergibt sich jedoch daraus, daß das Gesetz auch das Untersagen solcher Tätigkeiten vorsieht. Allerdings sind bei der Untersagung von der zuständigen Verwaltungsstelle bzw. dem BAZ strenge Beurteilungsmaßstäbe anzulegen. Der von der Beschäftigungsstelle ausführlich darzustellenden Gefährdung der Dienstleistung bzw. der dienstlichen Erfordernisse kann nur im Rahmen des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit Rechnung getragen werden. Die Gründe sind ausreichend zu belegen. (z. B. Vorlage von Dienstplänen). Ebenso ist die Beschäftigungsstelle im Sinne ihrer Fürsorgepflicht gehalten, alle organisatorischen und planerischen Möglichkeiten zu prüfen, um dem Zivildienstleistenden die Ausübung von Tätigkeiten gemäß §33 Abs. 2 zu ermöglichen. „Eine totale Untersagung ist unzulässig, wenn eine teilweise Untersagung ausreichend ist.“ (Harrer/Haberland, Seite 218) Die Untersagung ist auch kein erzieherisches oder disziplinarisches Mittel

bzw. Ersatz für Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Disziplin (Leitfaden C 5) oder für die Einleitung eines Disziplinarverfahrens (C 6).

B. Nebentätigkeit mit

Genehmigungspflicht

Mit Ausnahme der vorstehend genannten Tätigkeit ist jede Art von Nebentätigkeit genehmigungspflichtig. Dies bezieht sich auf entgeltliche Arbeit außerhalb der Dienstzeit (z. B. stundenweiser Einsatz als Aushilfe in einem Supermarkt, Arbeiten als Programmierer, Musiker in einer Tanzkapelle) und auf unentgeltliche Tätigkeiten (z. B. Trainer einer Fußballmannschaft, Besuch des Abendgymnasiums). Der ZDL darf die Nebentätigkeit nur mit vorheriger Genehmigung der Verwaltungsstelle ausüben (Leitfaden B 6 Ziffer 1.) Die Verwaltungsstelle hat vor Genehmigung die Stellungnahme der Beschäftigungsstelle einzuholen und muß daraufhin prüfen, ob durch die Nebentätigkeit die „Dienstleistung gefährdet“ wird oder ob sie „dienstlichen Erfordernissen“ zuwiderläuft. Dazu stellt der Standardkommentar fest:

„Eine Nebentätigkeit gefährdet die Dienstleistung, wenn sie zu einer so starken körperlichen, geistigen oder zeitlichen Belastung führt, daß sie sich ungünstig auf den Dienst des Dienstpflichtigen auswirkt (z. B. Nebenbeschäftigung in der Nacht, tagsüber Dienst). Die Nebentätigkeit läuft dienstlichen Erfordernissen insbesondere dann zuwider, wenn sie den Dienstpflichtigen zwangsläufig in Konflikt mit den ihm nach dem Zivildienstgesetz obliegenden Pflichten bringt.“ (Harrer/Haberland, Seite 217) Nach geltender Rechtsprechung ist dies immer dann der Fall, wenn der ZDL neben dem Zivildienst ein Studium aufnehmen will. Deshalb darf dafür keine Genehmigung erteilt werden.

Die Genehmigung, aber auch die Ablehnung, hat schriftlich durch die Verwaltungsstelle zu erfolgen. Kann aus den o. g. Gründen keine Genehmigung erteilt werden, dann müssen diese Gründe von der Verwaltungsstelle aktenkundig festgestellt und nachweislich belegt werden. Im Blick auf die zeitliche Begrenzung der Nebentätigkeit verweist der Leitfaden (B 6 Ziffer 2.) auf die Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung und begrenzt die Nebentätigkeit im Regelfall auf höchstens 8 Stunden wöchentlich. Darüber und über den fehlenden Versorgungsanspruch des ZDL bei Unfällen, hat die Verwaltungsstelle den Arbeitgeber, bei dem der ZDL die Nebentätigkeit aufgenommen hat, zu unterrichten.

In Einzelfällen könnte bei einem höheren Entgelt für die Nebentätigkeit „Sozialversicherungspflicht“ bestehen. Deshalb ist dem ZDL zu empfehlen, sich bei einer Beratungsstelle der Rentenversicherungsträger zu informieren. Wird eine anzeige- bzw. genehmigungspflichtige Nebentätigkeit vom ZDL ausgeübt ohne die formale Antragstellung bzw. Genehmigung, dann kann dies disziplinarische Folgen haben. (Sonderinformation des BAZ, 5/1982) Darmstadt im September 1987
Gerhard A. Hoffman
(gekürzte Fassung) ■

Tonbildserie:

Sag Ja zum Leben...

48 Dias, Cassette, 25 Minuten, Verleih gegen Portoerstattung bei: Evang. Medienzentralen oder Arbeitsstelle KDV + ZDL, Hugo-Preuß-Str. 2, 3500 Kassel 1
Besprochen von Günter Knebel, Bremen.

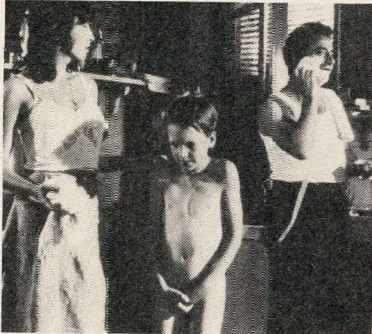
„Die Tonbildserie versteht sich als eine erste einführende Information über die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und den Zivildienst. Sie entstand aus dem Bemühen, Beratern in Schulen, Jugendgruppen und in anderen Veranstaltungen ein einfaches Medium bereitzustellen, mit dem Diskussionen und Einzelfragen eingeleitet werden können.“

Diesem selbstgesteckten Anspruch wird die Tonbildschau vollauf gerecht. Eine vergleichbare, sachlich qualifizierte und dennoch engagierte Tonbildserie liegt bisher nicht vor – insoweit ist sie ein Prototyp, dem entsprechend qualifizierte Produkte folgen sollten. Die Serie ist klar und einsichtig gegliedert:

- A) Wehrpflicht und Recht der KDV,
- B) Geschichtlicher Hintergrund des KDV-Rechtes,
- C) Motive zur KDV,
- D) Das KDV-Gesetz von 1984,
- E) Beratungsangebot für KDVer,
- F) Der Zivildienst

Die Teile können so jeweils getrennt besprochen werden und sind damit beliebig vertiefbar, z. B. für Gruppenberatung oder zur Arbeit in Unterrichtseinheiten, in denen auch andere Materialien/Texte ergänzend mit einbezogen werden. Das Bildmaterial ist gut ausgewählt, die Zuordnung von Text und Bild meist gelungen.

Zur Technik: Nützlich wäre für die Vorführung, den Bildwechsel jeweils durch ein akustisches Signal anzuzeigen. Zum Inhalt: Bei allem Verständnis für eine möglichst positive Bewertung des Zivildienstes wären auch einige kritische Bilder und Äußerungen angebracht gewesen. Bei einer Überarbeitung der Tonbildserie könnten vielleicht auch zwei kritische Anmerkungen von Lehrern berücksichtigt werden: Etwas „mehr Distanz“ zum Thema und – im Blick auf Nichtgymnasiasten – „weniger vollgepackte“ Bilder. Funktion des sehr nützlichen weil anschaulichen Unterrichtsmaterials/-angebotes ist und bleibt schließlich „nur“, Denkansätze zu geben und das Gespräch anzuregen, „in dem es um die Gewissensfragen des Einzelnen geht“. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. ■



Fotos: Senator Film

Am großen Weg

Regisseur: Jean-Loup Hubert
Spielfilm, Farbe, Frankreich 1987
Verleih: Senator Film GmbH
Besprochen von Isolde I. Mozer, Frankfurt

Sommer 1959, irgendwo in der bretonischen Provinz. „Am großen Weg“ heißt die Haltestelle, an der, aus Paris kommend, der neunjährige Louis und seine Mutter aussteigen. Weil sie ein Baby erwartet, begleitet sie ihren Sohn zu ihrer Jugendfreundin Marcelle und deren Mann Pelo aufs Land. Louis soll hier seine Sommerferien verbringen. Aber das Landleben hat für das Stadtkind und Muttersöhnchen keinen Reiz. Die beiden Erwachsenen sind Fremde für ihn, er hat nichts Gutes über sie gehört und so erwartet er das Schlimmste. Seine Befürchtungen scheinen sich zunächst zu bestätigen. Zum ersten Mal in seinem Leben ist er bei der Schlachtung eines Tieres dabei, das er später verspeisen soll, er muß mitansehen, wie einem Kaninchen das Fell über die Ohren und die Augen ausgestochen werden. Und Pelo ist unzugänglich und rauhbeinig und blickt ebenso mürrisch drein wie die Matrone auf der Fotografie in Louis' Zimmer, das ihm auf diese Weise auch keine Geborgenheit geben kann vor den seltsamen Käuzchenrufen, die vom Friedhof nächtens zu ihm herüberwehen. Martine, die respektlose Göre aus der Nachbarschaft, animiert den feinfühligsten Louis zu angst-erregenden Mutproben und freut sich köstlich über den Ekel, den ihr Streich bei ihm auslöst: Sie hat ihm eine ganze

Handvoll Würmer in die Badehose gesteckt.

Schlimmer noch sind für Louis die Irritationen, die die allmähliche Entdeckung des Erwachsenenlebens in ihm bewirken und ihn aus der Naivität seiner Jugend herausführen. Eines Nachts hört er, wie nebenan Pelo seine Frau vergewaltigt und tagtäglich erlebt er, wie von Haß und Streit zerstört diese Ehe ist, in der er, Louis, von den zerstrittenen Ehepartnern wechselweise und konkurrenz als Liebesobjekt verinnahmt wird.

Aber er macht sich auf die Suche nach den Geheimnissen der Erwachsenen und wird so – der Zuschauer erfährt es am Ende des Films – zum Retter dieser Ehe. Louis nämlich bekommt heraus, daß der Tod ihres Kindes, das bei der Geburt gestorben ist und nun so alt wäre wie Louis, Marcelle so sehr verhärtet hat, daß sie sich seitdem ihrem Mann verweigert. Und während eines friedlichen sonntäglichen Angelausflugs kann der im Alkoholismus und Zynismus verrohte Pelo mit dem Kind Louis über seine Sehnsucht auch Liebe und (Ein-) Verständnis sprechen; eine allmähliche Annäherung zwischen Marcelle und Pelo bahnt sich an. – Die Leichtigkeit, mit der das Kind die Scherben der Erwachsenen kittet, verflüchtigt sich freilich vollständig, als Louis in die Geheimnisse seines eigenen Lebens eindringt. Er, der über die ständige Abwesenheit seines Vaters mit dem Argument der Arbeit hinweggetröstet wird, muß nun entdecken, daß seine Mutter ihn belügt. Sie schickt ihm nämlich als angebliche väterliche Post eine Ansichtskarte, die in Wirklichkeit aus ihrer Schublade stammt. Und nun ist Louis davon überzeugt, daß sein Vater ihn und seine Mutter endgültig verlassen hat. Die Macht der Wahrheit einhergehenden Enttäuschung gibt ihm den Mut der Verzweiflung, auf das Dach der Dorfkirche zu klettern, zum Äußersten bereit. Während er da oben mit seinem Leben abgeschlossen hat, sich einsam, verlassen und unverstanden glaubt, machen sich die Fremden und scheinbar Herzlosen auf die Suche nach ihm, finden ihn endlich und können ihn davon überzeugen, daß das Leben, auch wenn es unermeßliche Verletzungen bereithält, lebenswert ist.

„Am großen Weg“ – in Frankreich bisher der erfolgreichste Film dieses Jahres – ist ein sensibler Film, ein zuweilen tragisches, dann wieder lustiges und rührendes Lehrstück über die Macht der Gefühle. Sie zuzulassen ist ein schweres Stück Arbeit, nicht nur für einen Jungen, der zwischen Kindheit und Erwachsensein am Scheideweg steht. ■

BUCH

„Gebranntes Kind sucht das Feuer“

Autorin: Cordelia Edvardson
Hanser Verlag, München 1986,
134 Seiten, 24,80 DM

Besprochen von Hartmut Beile,
Baden Baden

Cordelia Edvardson hat in ihrem Buch Worte gefunden für das Unsagbare, das sie unter den Nazis erlitten hat. Sie spricht vom Feuer, aber sie verschweigt auch nicht die Asche, die zurückblieb. Man spürt, daß das Buch von einer Überlebenden des Holocaust geschrieben wurde, der die schmerzlichen Erlebnisse ins Herz gebrannt sind.

Cordelia Edvardson wurde als uneheliches Kind der Dichterin Elisabeth Langgässer in München 1929 geboren, kam 1943 in das Vernichtungslager Auschwitz, überlebte dieses Martyrium und arbeitete später als Journalistin in Schweden. 1974 war sie Berichterstatterin vom Yom-Kippur-Krieg in Israel und fand dort sich selbst und ihr Volk wieder.

Am Anfang des Buches erleben wir ein Mädchen; es fühlt sich einsam, anders als die anderen und ausgestoßen aus der Gemeinschaft. Langsam erst erkennt sie die Ursache dafür: ihre jüdische Herkunft. Die Nürnberger Gesetze, in denen der jüdische Teil der deutschen Bevölkerung zu Bürgern minderen Rechts gestempelt wird und die antijüdischen Maßnahmen (Geschäftsboykotte, Berufs- und Schulverbote, Ausschlüsse aus Vereinen etc.) werden am Beispiel des Mädchens wieder lebendig. Sie wird aus der Schule verwiesen, mit dem Judenstern gebrandmarkt und muß den Verein katholischer Mädchen verlassen.

Wie einzelne Blitze, die schon beim Aufziehen eines Gewitters einschlagen, so treffen den Leser schon zu Beginn der Lektüre Bilder von den Grausamkeiten im Konzentrationslager. Die Autorin beschreibt nüchtern das Unbeschreibliche und schildert in vielen Einzelheiten das Unbegreifliche. „Während die Tage und Nächte vergingen, wurde der Leichenhaufen an der Längsseite der Baracke morgens ständig größer.“ Eine Wirklichkeit entsteht, die eigentlich mit Worten nicht zu beschreiben ist.

Sie überlebte und wurde in Schweden aufgenommen. Die anderen wollten, daß sie vergißt und „einen Strich durch alles macht“. Sie aber fand keine Ruhe, zog nach Israel und kehrte dort zu der einzigen Lebensform, der einzigen Aufgabe und Herausforderung zurück, die sie beherrscht – zum Kampf ums Überleben.

„Gebranntes Kind sucht das Feuer“ – ein Buch, das mich betroffen gemacht hat und Licht in einen dunklen Teil der deutschen Vergangenheit bringt, der in Erinnerung bleiben muß, damit er nicht wiederkehrt. ■

Die Ruhe ist vorbei:

Deutsche Deserteure

Norbert Haase: „Deutsche Deserteure“. rotbuch 328, Rotbuch Verlag Berlin 1987, 126 Seiten, DM 14.–
Besprochen von Bastian Baumann,
Heidelberg



Feiglinge, Drückeberger, Verräter – so lauten die gängigsten Urteile über Fahnenflüchtige, auch die des 2. Weltkrieges. Obwohl auch sie sich dem Krieg verweigerten, der Naziherrschaft Widerstand entgegensetzten, wenngleich anders als z. B. Stauffenberg und Niemöller, scheute das Nachkriegsdeutschland eine Auseinandersetzung um sie, ganz zu schweigen von ihrer Rehabilitation. Einige hatten das Glück, zu überleben und ihren (Leidens-) Weg literarisch verarbeiten zu können: Andersch („Die Kirschen der Freiheit“), Borchert („Dann gibt es nur eins!“), Böll („Entfernung von der Truppe“), und demnächst Zwerenz („Soldaten sind Mörder oder Die Deserteure schlagen zurück“). Viele unbekannt aber endeten in den Salven der Exekutionskommandos und Kammern der Henker. Rund 16 000 Todesurteile – zum größten Teil wegen Fahnenflucht und Wehrkraftzersetzung – ließ die Wehrmachtsjustiz bis Kriegsende vollstrecken.

In letzter Zeit findet nun vermehrt eine Beschäftigung mit diesem – speziell für Kriegsdienstbefürworter – nicht einfachen Thema statt. So verursachte ein „Denkmal für den unbekannt Deserteur“ der Bremer Gruppe „Reservisten verweigern sich“ Ende letzten Jahres Aufregung bis in höchste Bonner Parteispitzen (s. wub 3/87).

Einen weiteren Beitrag leistet nun die Neuerscheinung von Norbert Haase. Auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Hausarbeit an der TU Berlin – eine Auswertung von rund 6 000 Akten des Berliner Militärgerichts über (meist vollstreckte) Todesurteile – berichtet Haase, Jahrgang 1960, über einzelne Schicksale und versucht, den vielfältigen Motiven auf die Spur zu kommen. In den Lebensgeschichten fällt auf: häufig eine „schwierige“ Kindheit, eigener Kopf, frühzeitig Konflikte mit Autoritäten. Haase sieht allerdings auch: „Die letzten Motive der Deserteure werden wir nie erfahren – erst recht nicht aus den Akten der Henker.“

Wie es den Verantwortlichen nach dem Krieg erging, auch dieses düstere Kapitel wird behandelt: Die Kontinuität innerhalb der Justiz ermöglichte den Wehrmachtsrichtern den Aufstieg auch in höchste Ämter. Einer dieser furchtbaren Juristen brachte es gar zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg: Dr. Hans Karl Filbinger...

Mit seinen vielen in Vergessenheit geratenen Fakten ist dieses Buch eine Chance, sich mit den so lange und schwächlich unbeachtet gelassenen Widerständlern zu beschäftigen. ■

Mehr über Soziale Verteidigung...

... steht in der wärmstens zu empfehlenden Broschüre „Soziale Verteidigung – die Alternative der Kriegsdienstverweigerer“. Das als Dokumentation zur vielbesuchten Ausstellung über SV beim diesjährigen Kirchentag gedachte Heft enthält das Konzept und die Strategie der SV im verständlichen Überblick. Außerdem werden historische Beispiele kurz dokumentiert und Kritik am Modell diskutiert. Schriftliche Reaktionen von Kirchentags-Ausstellungsbesuchern sowie eine Literatur- und Materialliste runden die Broschüre ab.

Preis (36 Seiten, A 4) DM 3.– in Briefmarken (inkl. Porto).

Zu bestellen bei:
Theodor Ziegler
Referat KDV/ZDL im Amt für
Jugendarbeit der Evang. Landeskirche in Baden
Postfach 22 69
7500 Karlsruhe

»Schwarz auf weiß«

Fundsachen

Bundeswehr und Tradition: Keiner liebt die alten Helden

Der Autor Dieter Stockfisch schreibt in der Zeitschrift „marine forum“ (Herausgeber: Deutsches Marine Institut) zum Thema: „Der schwierige Umgang mit der Tradition“ u. a. folgendes:

„... Hinzu kommt, daß der heutige weinerliche Zeitgeist seine Anteilnahme nicht mehr der Gestalt des Soldaten widmet, sondern den armen Teufeln der Historie: Neger, Maoris, Besiegten, Unterdrückten und Ausgebeuteten. Die modernen Helden sind die Aussteiger, die Kaputten, die Träumer von einer heilen Welt oder Gandhi, das gewaltlose und vegetarisch lebende Idol von Grünen und sogenannten Friedensfreunden ...“

(Quelle: Druck + Papier 19/87)

„Sie werden zusammen
nicht finden ...“

Aus einem Anerkennungsbescheid der Kammer für KDV beim KWEA Würzburg vom 5.9.1985

„Die Kammer war der Meinung, daß die klassischen Anerkennungsgründe im Fall des Wehrpflichtigen nicht vorliegen. Trotzdem hat sich die Kammer dazu durchgerungen, den Wehrpflichtigen anzuerkennen. Die Kammer war der Auffassung, daß der Antragsteller bei der Bundeswehr keine glückliche Minute erleben wird. Die Kammer war der Auffassung, daß man die Bundeswehr und den Widerspruchsführer weit voneinander entfernt halten sollte, weil beide nicht miteinander auskommen werden.“

Mausefallentest

(Auch zur nachträglichen
Selbstprüfung!)

Schon als Kind hat ein heute 24jähriger Student die von Mausefallen ausgehende tödliche Gewalt abgelehnt. Er habe die von seiner Großmutter aufgestellten Fanggeräte entschärft oder entfernt, esse seit Jahren kein Fleisch mehr und sei gegen alle Sportarten, bei denen andere besiegt werden müßten. Mit diesen Begründungen überzeugte er die Würzburger Verwaltungsrichter, daß er den Dienst an der Waffe aus echten Gewissensgründen ablehne. Der Student wurde als Kriegsdienstverweigerer anerkannt (AZ: 3 K 87 35). dpa

Verfassungsgericht für Ausschüsse nicht maß- gebend?

Aus einem Anerkennungsbescheid
des Ausschusses für KDV beim
KWEA Würzburg vom 29.7.1986

„Der Ausschuß ist der Auffassung, daß die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht maßgebend ist. Der Ausschuß ist nicht Vollzugsbeamter irgendwelcher Gerichte und trifft seine eigenen Entscheidungen. Der Antragsteller habe ein Rechtsschutzbedürfnis, weil morgen der Ernstfall eintreten könnte und dann im allgemeinen Durcheinander ein ordnungsgemäßer Verfahrensablauf nicht gewährleistet wäre.“

Bruder Feind

„Auch im Gegner und Angreifer den Menschen sehen und ansprechen.“

Achim Battke, Zehn Prinzipien und Regeln der Sozialen Verteidigung

„Gestatten Sie mir jetzt, auf eine andere sehr bedeutsame Realität unserer Zeit einzugehen. Sie verlangt ebenfalls eine neue Denkweise. Damit meine ich die nie dagewesene Mannigfaltigkeit, zugleich aber den immer enger werdenden wechselseitigen Zusammenhang und die immer größere Ganzheitlichkeit der Welt.“

Michail S. Gorbatschow, Februar '87, Moskauer Friedensforum

„Wo Christus wirklich gegenwärtig ist, da gibt es keine Sieger und Besiegte, sondern nur Versöhnte.“
Gertrud von Le Fort

„Ich aber sage euch: Liebet eure Feinde und betet für die, die euch verfolgen, damit ihr Söhne eures Vaters im Himmel werdet, denn er läßt seine Sonne aufgehen über Böse und Gute und läßt regnen über Gerechte und Ungerechte.“

Jesus von Nazareth

„Bei der Erfüllung dieser Aufgabe (die Mitgliedskirchen in einem konziliaren Prozeß gegenseitiger Verpflichtung - Bund - für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der ganzen Schöpfung einzuberufen) sollten die Kirchen andere Quellen hinzuziehen; insbesondere sollten sie sich die Arbeit anderer ökumenischer Organisationen und Bewegungen zunutze machen, einschließlich der Bewegungen, in denen Frauen, Jugendliche oder Behinderte arbeiten. Sie müssen auch die Einsichten anderer Glaubensstraditionen und Ideologien hinzuziehen, die wichtige Beiträge zur Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung leisten können, und mit diesen Organisationen und Bewegungen für die Verwirklichung dieser Ziele zusammenarbeiten.“

Emilio Castro, Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, März '87

Lieber Freund,
meinem Beitrag zu den „Gedanken“ in dieser Ausgabe von wub wollte ich einen aktuellen Bezug geben. Ich sammelte Beiträge und Zitate zu Inhalten, die bei den Friedenstagen und -wochen im November '87 und bei den Gesprächen im Rahmen des „konziliaren Prozesses“ der Kirchen und beim Kongreß „Soziale Verteidigung“ vom 17. bis 19. Juni 1988 in Minden Themen sein dürften. Was mich zunächst anregen sollte, habe ich nun in Auswahl hier oben aufgeschrieben und bitte Dich, Dich von diesen Gedanken zu eigenen Gedanken anregen zu lassen.

Fasziniert bin ich immer wieder von dem Gedanken, der innerhalb des Konzepts der Sozialen Verteidigung im Gegner nicht den sieht, gegen den ich gewinnen will, sondern den, den ich gewinnen will - zunächst als einen, der sein Verhalten ändert und in dieser Änderung, die auch mich verändern kann, mein Partner wird. Damit in Zusammenhang möchte ich sehen den Bund Gottes mit den Menschen: Gottes liebevolle Gedanken für seine ganze Schöpfung, sichtbar und verstehbar geworden im Leben und in der Nachricht des Jesus von Nazareth, unseres Bruders. Dies ist Angebot und Wegweisung, Trost und Ermutigung für Dein und mein Denken, Arbeiten und Hoffen. In diesem Prozeß könnten wir lernen, offen zu sein für Andersdenkende.

Die Zusage Gottes gilt denen, die sich auf den Weg machen zum Bruder Feind.

Walter Deindörfer, Nürnberg *

* Walter Deindörfer ist Diakon in Nürnberg. Als 17-jähriger wurde er vier Monate Soldat (1944/45) und kam dann 22 Monate in amerikanische Gefangenschaft. Nach 18-jähriger Tätigkeit als Gemeindediakon und Kirchenmusiker arbeitet er seit 1971 in der landeskirchlichen Arbeitsstelle für KDV und ZDL in Nürnberg.

In der nächsten wub

(erscheint im Februar '88, Red.-Schluß 15.01.88)

THEMA: MENSCHENRECHT ASYL

IM BLICKPUNKT: Reportage über Arbeitsverweigerung aus Gewissens- gründen

wub
was uns betrifft

Hiermit bestelle ich wub
bis auf Widerruf.

Ein Jahres-Abonnement kostet DM 10,-
(4 Hefte einschl. Versand)

Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung
für das laufende Kalenderjahr.

(Name, Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(PLZ, Ort)

(Datum, Unterschrift)

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen
schriftlich beim WUB-Vertrieb, (Adresse, s. unten)
widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die
rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum
des Poststempels).

(Datum, Unterschrift)

Bitte ausschneiden und senden an:

Büro Pfarrer Helmut Schlüter
Vertrieb „was uns betrifft“
Kartäusergasse 9 · 5000 Köln 1

RÜSTZEITEN/WERKWOCHEN

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfaden E 5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu 200 km (einfache Strecke) erstattet.

Baden

- 22.02. - 26.02.1988 Neckarzimmern: „Patriarchat und Krieg“
22.02. - 26.02.1988 Oppenau: „Zwischen allen Stühlen“ Rüstzeit für Vertrauensleute
Anmeldeformulare: Kurt Kern und Theodor Ziegler, Amt für Jugendarbeit, Postfach 2269, 7500 Karlsruhe 1, Telefon (07 21) 16 83 33 und 16 83 27

Bayern

- 1.02. - 5.02.1988 Altdorf-Prackenfels: „Theater der Unterdrückten“
14.03. - 18.03.1988 Rödelsee-Schwanberg: „Meditation“
Anmeldeformulare: Wolfgang Langenbach, Gudrunstr. 33, 8500 Nürnberg 40, Telefon (09 11) 43 04-238

Braunschweig

- 7.03. - 11.03.1988 Hohegeiß/Harz: „Bundeswehr, Zivildienst, Militärseelsorge“
Anmeldeformulare: Beratungsstelle für KDV + ZDL, 3300 Braunschweig, Husarenstr. 71, Telefon (05 31) 7 63 57

Hessen-Nassau

- 25.01. - 29.01.1988 Höchst/Odenwald: „Einführung in Gewaltfreies Handeln“
Anmeldeformulare: Reinhard Becker, Kiesstraße 18, 6100 Darmstadt, Telefon (0 61 51) 4 40 88

Kurhessen-Waldeck

- 25.01. - 29.01.1988 Hess.-Lichtenau-Hirschhagen: „Rüstzeit für Blechbläser“
15.02. - 19.02.1988 Bad Hersfeld: „Aids“
7.03. - 11.03.1988 Homberg-Hülsa: „Frieden schaffen mit und ohne Waffen“, mit Soldaten
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle KDV + ZDL, Hugo-Preuß-Str. 2, 3500 Kassel, Telefon (05 61) 3 50 97

Niedersachsen

- 18.01. - 22.01.1988 Bückeberg: M. L. King - Einführung in gewaltfreies Handeln
22.02. - 26.02.1988 Bückeberg: „Der Krieg zwischen Iran und Irak“
14.03. - 18.03.1988 Bückeberg: Bertha von Suttner - Engagement für den Frieden
14.03. - 19.03.1988 Spiekeroog: „Theologie der Befreiung“ - Was können wir an den südamerikanischen Basisgemeinden lernen?
Anmeldeformulare: Günther Reinboth, Archivstraße 3, 3000 Hannover 1, Telefon (05 11) 12 41-469/468

Nordelbien

- 22.02. - 26.02.1988 Plön/Koppelsberg: „Frust - Resignation - sinnvolles Leben“ Welche Erfahrungen machen wir im Zivildienst und anderswo?
14.03. - 18.03.1988 Plön/Koppelsberg: „Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“
Anmeldeformulare: Dietrich Frahm, Hirschgraben 25, 2000 Hamburg 76, Telefon (0 40) 25 88 81

Rheinland

- 1.02. - 5.02.1988 Radevormwald: „Spiele für Frieden und Entwicklung“
22.02. - 26.02.1988 Radevormwald: „Einführung in Gewaltfreie Aktion“
14.03. - 18.03.1988 Radevormwald: „Alte und Behinderte in Heimen - abgeschoben?“
Anmeldeformulare: Pfarrer Helmut Schlüter, Kartäusergasse 9, 5000 Köln 1, Telefon (02 21) 32 24 00

Württemberg

- 25.01. - 29.01.1988 Synagoge Freudental: „Liebhaber des Friedens“. Bekannte und vergessene Friedenskämpfer
22.02. - 26.02.1988 Bempflingen: Die Bergpredigt und ihre Bedeutung für den Frieden.
7.03. - 10.03.1988 Gschwend: Gerechtigkeit, Frieden, Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion
14.03. - 18.03.1988 Oberflingen: Rüstungsexporte, Aufrüstung
Anmeldeformulare: Pfarramt für KDV und ZDL, Rosenbergstraße 45, 7000 Stuttgart 1, Telefon (07 11) 62 81 49